

Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 37 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Mittwoch, den 14. Februar 1934 Chefredakteur: M. Braun

Ans dem Inhalt

Oesterreichs Bürgerkrieg

Seite 3

Schwierigkeiten

deutscher Handelspolitik

Seite 4

Labour Party

und Rüstungsfrage

Pilsudskis neuer Staatsstreich

Seite 5

Freiheitsschlacht der Sozialdemokratie

Oesterreichs bewaffnete Arbeiter retten die Ehre und zeigen den Zukunftsweg

Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien;
Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien!
Doch lange schon verlernten wir Kniefall und Gebet —
Der Mann ist uns der beste, der grad und aufrecht steht,
Die Hand ist uns die liebste, die Schwert und Lanze schwingt
Der Mund ist uns der frommste, der Schlachtgesänge singt.
Wozu noch bittend winseln? Ihr Männer, ins Gewehr —
Heut ballt man nur die Hände, man faltet sie nicht mehr!
Es ist das Händefalten ein abgenutzt Geschäft —
Die Linke an die Scheide, die rechte Hand ans Heft!
Die Linke an die Gurgel dem Sklaven und dem Schuft,
Die Rechte mit der Klinge ausholend in der Luft!
Ein riesig Schilderheben, ein Ringen, wild und kühn —
Das ist zur Weltgeschichte, das rechte Flehn für Wien!

Freiligrath.

D. F. Die Sozialdemokratie Oesterreichs kämpft. Mit dem politischen Generalstreik nicht nur, sondern mit der Waffe in der Hand. Sie hat wahr gemacht, was sie immer warnend angekündigt hat: die waffenfähigen Mannschaften verteidigen die Volksrechte unter Einsatz des Lebens. Es ist in der Geschichte der Sozialdemokratie aller Länder das erste Mal, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei im Bürgerkrieg steht. Auch die österreichische Sozialdemokratie hat geögert, bis ihr nur noch die Entscheidung blieb, Kampf und ruhmlos abzutreten, oder alle ihre außerparlamentarischen Machtmittel einzusetzen. Sie hat sich für den bewaffneten Widerstand entschieden. Wie der Kampf enden wird, ist zur Stunde unentschieden. Gewiß aber ist, daß die mutige zu allem entschlossene Haltung der österreichischen Sozialdemokratie das durch den deutschen Zusammenbruch schwer erschütterte Vertrauen in den Ernst des Kampfwillens der Sozialisten wieder beleben wird. Auch wenn der heldenmütige Widerstand der österreichischen Sozialdemokraten gegen überlegen bewaffnete Polizei- und Heeresstruppen mit dem militärischen Siege der Bundesregierung enden sollte, bleibt das Beispiel sozialistischer Heroismus, das von Oesterreich her gegeben ist, bleiben die unverstehbaren Glaubens- und Kampfkraft, die dieses Heldentum neu in die Reihen der Sozialisten und insbesondere ihrer Jugend tragen wird. Die österreichische Sozialdemokratie zeigt den Geist und die Moral, die für die harten Entscheidungen der kommenden Jahre unerlässlich sind. Sie stellt den Soldaten der faschistischen Diktatur die Soldaten der sozialistischen Freiheit entgegen — Anders als durch militante Demokratie und militanten Sozialismus werden die drängenden Lösungen in den großen Gesellschaftskonflikten des überlebten europäischen Kapitalismus nicht zu finden sein.

Die österreichischen Nationalsozialisten haben, wie niemand anders erwartet hat, jede Solidarität mit den kämpfenden Sozialdemokraten abgelehnt und gleichzeitig erklärt, daß sie die Regierung Dollfuß „mit aller Macht“ bekämpfen würden. Daran ist sonnt wahr, daß die Nationalsozialisten hoffen, der Schlag des Bundeskanzlers gegen Links werde den Austrofaschismus stürzen und den reichsdeutschen Faschismus zur Macht bringen. Die einen wie die anderen aber hegen mit der Verleumdung, die Sozialdemokratie befinde sich „im bolschewistischen Aufstand“. Das ist die große Lüge, die den in Oesterreich fehlenden Reichstagsbrand ersetzen soll. Wahr ist indes, daß die Bundesregierung sich im Aufstand befindet gegen die von ihr beschworene demokratische Verfassung und die Sozialdemokratie gegen Staatsverbrecher, die Polizei und Heer zum Staatsstreich mißbrauchen, die Volksrechte und Volksfreiheiten verteidigen.

Das Ziel der Sozialdemokratie ist, die legale Bundesverfassung aufrechtzuerhalten, das Ziel der Regierung und ihrer Verbündeten aller Art ist, illegal dem Volke eine faschistische Verfassung aufzuzwingen. Das sind die beiden großen Gegensätze. Innerhalb der faschistischen Front bestehen nur Kämpfe um die Verteilung der Beute. Die Austrofaschisten wollen eine österreichische Diktatur unter Anlehnung an Italien, die Hitlerfaschisten wollen die diktatorische Gleichschaltung mit Deutschland und die Aus-

schaltung aller ihrer Gegner, auch der Klerikalen, nach deutschem Muster. Beide erstreben Verfassungs Zustände, die von den jetzigen parlamentarisch-demokratischen Formen nichts mehr übrig lassen. Beide können ihre Ziele nur durch Gewalt und Eibbruch erreichen. Die Sozialdemokratie hat von Millionen verfassungstreuen Oesterreichern das Mandat, diese Anschläge zu vereiteln. Wenn sie nun das Wirtschaftsleben Oesterreichs stillzulegen und die Staatsverbrecher mit Flinten und Maschinengewehren abzuwehren versucht, führt sie diesen Volksauftrag aus. Die Sozialdemokratie erfüllt ihre staatsbürgerliche Pflicht. Sie ist Verfassung und Gesetz. Der Bundeskanzler und die Seinen stehen außerhalb der Gesetze. Wenn sie sich behaupten oder andere Faschisten an ihre Stelle treten sollten, so lehnt das die Sozialisten aller Länder nur eindringlicher denn je, daß jedes Recht verloren ist, wenn es gegen seine Feinde nicht mit überlegener Gewalt geschützt werden kann.

Die nach der ersten Kampfnacht vorliegenden amtlichen Meldungen berichten von vielen Toten und Verwundeten der Regierungstruppen und der Polizei.

Wieviele Sozialdemokraten ihre Treue zum Arbeitsvolk und dessen Freiheitsidealen mit ihrem Blute und ihrem Leben besiegelten, ist noch nicht zu erfahren. Da die Bundesregierung alle Heereswaffen, auch Artillerie, eingesetzt hat, wird der Bürgerkrieg in den Reihen der Sozialdemokraten viele Tote und Verletzte gefordert haben. Die Sozialisten, die Republikaner, die Antifaschisten in aller Welt ehren diese Opfer und grüßen Oesterreichs heldenmütige Sozialdemokratie.

Keine Kapitulation!

Widerstand bis zum Letzten

Wien, den 13. Februar 1934. (Eig. Bericht.)

In den Vormittagsstunden entwickelten sich neue Kämpfe in den Außenbezirken, von wo man lebhaftes Maschinengewehrfeuer hörte. Der Rückzug der Sozialdemokraten auf die Vorstädte entspricht dem Plan, die innere Stadt und die bürgerlichen Bezirke preiszugeben und sich in den proletarischen Stadtteilen festzusetzen, wo die Bevölkerung den kämpfenden Arbeitern einen Rückhalt im Widerstand bietet. Die Verlorenung mit Elektrizität ist im Laufe des Vormittags zum Teil wieder erlangt worden, jedoch nur sehr unregelmäßig und sehr unvollkommen. Der gesamte Straßenbahnverkehr liegt still. Die polizeilichen und militärischen Absperrungen nehmen noch zu. Überall werden Maschinengewehre in Stellung gebracht. Die Bundesregierung läßt verkünden, daß sie Herrin der Lage sei, doch trifft dies zur Stunde keinesfalls zu. Mindestens in Wien, in Linz und in dem feiermännlichen Industriezentrum Brunn wird erbittert gekämpft und ist der Widerstand der Sozialdemokraten ungebrochen. Die Bundesregierung versucht, durch Zwangsmeldungen die Arbeiterschaft zu verwirren und einen Teil der Führer zu diffamieren. So wurde erst gemeldet, Dr. Deutsch und Otto Bauer seien verhaftet. Dann hieß es, sie seien ins Ausland geflohen. Beides ist unrichtig. Dr. Deutsch und Otto Bauer befinden sich dort, wohin sie in dieser Stunde gehören: bei den kämpfenden Arbeitern.

Der Generalstreik wird weiterhin durchgeführt, allerdings sind heute Vormittag die Zeitungen, die gestern durch den Streikstreik lahmgelegt waren, wieder erschienen. Es ist also gelungen, ein Teil des Buchdruckerpersonals aus der Streikfront loszubringen. Gegen mittag ist es überraschend auch in der inneren Stadt Wien zu schweren Zusammenstößen gekommen, über deren Charakter und Umfang im Augenblick noch nichts zu ermitteln ist.

Artilleriekämpfe

Generalstreik und Bürgerkrieg

Wien, 13. Febr. Die Wiener Zeitungen sind am Dienstag infolge des Streiks in wesentlich kleinerem Umfang erschienen. Die beiden sozialdemokratischen Blätter, die „Arbeiterzeitung“ und das „Kleine Blatt“ sind natürlich nicht erschienen.

In den Morgenstunden bietet die Umgebung der Polizeidirektion das Bild strengster Absperrung und Bewachung. Die Straßenbahnen und die Autobusse haben den Verkehr noch nicht wieder aufgenommen. Aus der Ferne hört man weiterhin Kanonendonner.

Das Jahrkorps der Vaterländischen Front ist aufgeboden worden, um einen Verbindungsdienst aufrechtzuerhalten. Auf diese Weise sei es, wie die Vaterländische Front mitteilt, gelungen, auch in den Ländern die Landesleitungen und Verbindungen in Verbindung zu halten und darüber hinaus einen Relaisdienst für das gesamte Bundesgebiet vorzusehen. Die Vaterländische Front hat ferner ein Aufgebot Arbeitswilliger veranlaßt, und sich mit der Leitung des staatlichen Arbeitsdienstes ins Einvernehmen geeicht, um für eine ausreichende technische Nothilfe Vorkehrung zu treffen. Mit ihrer Hilfe sei es gelungen, in allen staatlichen Betrieben wie Post, Telegraph, Bundesbahnen und dergleichen einen beschränkten Betrieb sicherzustellen.

Die Heimwehren haben ihre gesamten Kräfte mobil gemacht. Die für Dienstag einderufene Bundesführerversammlung, an der auch die befreundeten österreichischen Organisationen hätten teilnehmen sollen, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Wiener Polizeidirektion gibt bekannt, daß die Exekutive in Oesterreich am Montag den Verlust von 21 Mann zu verzeichnen hat. Die Verluste der Aufrechter sind noch nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß die Zahl der Toten und Verletzten ziemlich erheblich ist.

Es beginnt erst in Wien!

Die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei

Wien, 13. Febr. (Eig. Drahtb.) Bei der Verhängung des Standrechts in Wien, über ganz Nieder-Oesterreich, Kärnten und die Steiermark sind die verzweifeltsten Verluste der österreichischen Arbeiterschaft, sich gegen den Heimwehretroz zu wehren, noch verschärft worden. In ganzen Lande erfolgen Einzelaktionen mit vielfach blutigen Kämpfen. Wien befindet sich in vollkommener Panikstimmung. Überall Stacheldrahtverhau und militärische Absperrungen. Nur an bestimmten Stellen dürfen die Straßen passiert werden. Alle Geschäfte sind von Räubern überfüllt. Jeder will sich noch schnell mit Brot, Mehl und Kerzen eindecken. Die Stadt ist erfüllt von Gerüchten über Schieberereien und Mordvergehen. An mehreren Stellen der Stadt sieht man Panzerwagen.

Am Dienstagmorgen erfuhren die Wiener Arbeiter die in der Nacht vom Kabinett beschlossene Auflösung der österreichischen Sozialdemokratischen Partei. Die Meldungen über Verhaftungen der Führer widersprechen sich. Angeblich soll Bürgermeister Seig festgenommen worden sein; nach andern Nachrichten ist er noch im besetzten Rathaus unter polizeilicher Aufsicht. In den Randbezirken sind die Arbeiter noch vielfach Herren der Lage. Im Arbeiterbezirk Simmering, wo sich die wichtigsten städtischen Werke befinden, wurde noch in den Morgenstunden heftig gekämpft. Vor allem befindet sich das Elektrizitätswerk noch wie vor in der Hand der sozialdemokratischen Arbeiter. Polizei und Militär umringen die Gebäude und erwarten Verstärkungen des Bundesheeres, das angeblich mit Artillerie anrücken soll. Ein Hauptmann des Bundesheeres und fünf Polizeikommissare wurden bei verschiedenen Zusammenstößen getötet. Die Zahl der Gesamt Opfer ist bis zur Stunde

nicht feststellen. Die Erbitterung der Kämpfe wächst ständig. Während aus der Provinz gemeldet wird, daß es hier im allgemeinen wieder ruhiger geworden sei, scheint es in Wien jetzt erst richtig loszugehen. Starbemberg hat das Angebot des gesamten österreichischen Heimatschutzes angenommen, der an der Seite des Bundesheeres, der Gendarmerie und der Polizei gegen die sozialdemokratischen Arbeiter eingesetzt werden soll. Mit der Verhängung des Standrechts wurden in Oesterreich sämtliche Schulen geschlossen.

Die wogende Schlacht

Die blutige Fastnacht

Wien, 13. Febr. Die strengen militärischen Absperrungen und Kontrollmaßnahmen werden in der ganzen Stadt aufrechterhalten. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Nagegen ist der Fernsprechverkehr ebenso wie Wasser- und Gaszufuhr wieder im Gange, zum Teil auch die Elektrizitätsversorgung. Die Läden sind zum größten Teil bis auf die Lebensmittelgeschäfte geschlossen. Die Bevölkerung bewahrt große Ruhe.

Artillerie- und Maschinengewehrfeuer sind ununterbrochen zu hören. Die Regierung geht jetzt mit rücksichtsloser Schärfe und mit allen vorhandenen militärischen Mitteln unter besonderem Einsatz von Artillerie und Handbizen vor.

Die Stellen, an denen in Wien noch am Vormittag gekämpft wird, befinden sich in Ottakring, Simmering und Döbling. Im Bezirk Ottakring handelt es sich um die große Wohnbauanlage Sandliten und um das Arbeiterheim. Hier konnte am Montagabend nur ein Teilerfolg erzielt werden. Der Kampf ging unter fortwährendem Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer und Einsatz von Artillerie die ganze Nacht weiter.

Gegen 8 Uhr Morgens setzte verstärktes Artilleriefeuer aus zwei Handbizen, zwei kleinen Geschützen und aus Minenwerfern ein. Auch um den Karl-Marx-Hof in Döbling wird noch immer heftig gekämpft. Auch hier spielt Artillerievorbereitung die Hauptrolle. Die Geschütze sind auf einem beherrschenden Punkt, der sogenannten hohen Barie, aufgeschossen worden.

Nach Berichten aus Graz ist aus Eggendorf noch Artilleriefeuer zu hören. In Bruck a. d. Mur hatten sich die Truppen bereits in den späten Abendstunden der Stadt bemächtigt. Im Laufe der Nacht sind sie jedoch aus einigen Stadtteilen wieder verdrängt worden. Durch Einsatz erheblicher Artilleriekräfte ist die Wiedereinnahme dieser Teile gelungen. Aus dem oberösterreichischen Industriegebiet liegen in Graz Berichte nicht vor, da die Fernsprecheinrichtungen dorthin unterbrochen sind.

Die Gesamtverluste im Grazer Stadtgebiet wurden von den örtlichen Behörden Montagabend auf 50 Tote geschätzt.

„Vorläufig“

37 Tote

Wien, 13. Febr. Die Regierung hat in einem Ministerrat das Verbot der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs beschlossen. Die Verluste bei den Kämpfen in Wien werden auf Regierungsseite vorläufig mit 20 Toten und 80 Schwerverletzten angegeben. Der Kampf konzentrierte sich in den späten Nachtstunden auf den Ostbahnhof, wo von den Truppen ein Panzerzug und Artillerie eingesetzt worden sind. Die Regierung hat der Presse einen Aufruf übermittelt, in dem erklärt wird, daß sie Herr der Lage sei. Der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien, Seitz, ist verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert worden. Nach Meldungen aus Steiermark sind bei den dortigen Zusammenstößen 17 Tote zu verzeichnen.

Suggestive Vokabeln

Von einem deutschen bürgerlichen Politiker wird uns geschrieben:

Unter den unwahrscheinlichen Mitteln, mit denen der Nationalsozialismus in Deutschland die Macht erlangen hat und behauptet, spielen die suggestiven Vokabeln eine wichtige Rolle. Niemals vorher ist es einer Bewegung wie dieser gelungen, einprägsame Schlagworte durch geschickte tendenziöse Anwendung und unermüdliche Wiederholung als unechten Begriffserfah der öffentlichen Meinung einzuzuerleiben. Die kritische Beleuchtung solcher Vokabeln darf von den Gegnern des Nationalsozialismus umso weniger vernachlässigt werden, als er gerade diese Vokabeln so geschickt auszunutzen versteht, daß sie über Zeit- und Landesgrenzen hinaus ihre vergiftende Wirkung ausüben.

Das erste dieser Schlagworte, das zwar nicht geistiges Eigentum des Nationalsozialismus, aber von ihm eifrig aufgegriffen und auf das intensivste ausgenutzt worden ist und wird, ist das vom „Marxismus“. Es ist sicher, daß keiner von denen, die sich seiner in dem jetzt üblichen Sinne bedienen, jemals eine Zeile von Karl Marx gelesen hat. Es ist auch von keinem Propagandisten des „dritten Reiches“ jemals versucht worden, die marxistische Theorie zu bekämpfen. Diese für eine „Arbeiterpartei“ bedenkliche Klippe konnte getrost vermieden werden, da es ja nur darauf abgesehen war, dem ohnehin gefühlsmäßig antimarxistisch eingestellten Bürgertum eine Vokabel zu bieten, vermöge deren die Sozialdemokratie mit dem Bolschewismus in einen Topf gemorfen, gesellschaftlich geächtet und um ihre politische Koalitionsfähigkeit mit den „bürgerlichen“ Parteien gebracht wurde. Was verschlug es, daß seit dem ersten Tage des bolschewistischen Regimes in Rußland zwischen seinen Parteigängern und der Sozialdemokratie der erbitterteste Haß herrscht, daß dieser Haß gerade deshalb ins Maßlose gewachsen ist, weil die deutsche Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch von 1918 das Bürgertum vor dem Ubergreifen des Bolschewismus auf Deutschland bewahrt hat — das Wort „Sozialdemokratie“ verstand man geräuschlos aus dem Sprachschatz der Rechtsparteien, man sprach nur noch von „Marxisten“, zeigte auf das „marxistische“ Rußland, brandmarkte die „Marxisten“ als ein e homogene Sturmtruppe gegen die herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, und fertig war der Bürgerschreck, den

Wechselreiche Straßenkämpfe

Wien, 13. Febr. Polizei und Militär ist es gelungen, das Arbeiterheim im Bezirk Ottakring zu besetzen. Dafür kammte allerdings der Widerstand an anderen Stellen wieder auf. So hat bei der im gleichen Bezirk liegenden Wohnbauanlage Sandliten der Kampf neuerdings begonnen. Bei einer Säuberungsaktion in Floridsdorf wurden zehn Wachbeamte und ein Stadthauptmann getötet. Im gleichen Bezirk sind Panzerwagen eingesetzt worden. In einer der dortigen großen Wohnanlagen der Gemeinde, im Schlingerhof, haben sich die Sozialdemokraten verbarricadiert. Auch in Weidling müssen drei wiederum von den Roten besetzte Gemeindeführer erstickt werden.

Im Umspannwerk in Ottakring ist die militärische Belagerung eingeschlossen und wird von Sozialdemokraten unter Feuer gehalten. In Simmering geht die Säuberungsaktion nur langsam vor sich. Der Schlachtfeldhof in St. Marx ist in die Hände der Roten gefallen.

Nach Meldungen aus Pinz kammt dort der Kampf auf dem Freienberg wieder auf. Ueber Tirol ist das Standrecht verhängt worden.

Weitere Meldungen aus Oesterreich Seite 3.

Oesterreich und der Völkerbund

Frankreich mit der Anrufung einverstanden

Wien, 13. Febr. Am Montagmittag trat ein Kabinettsrat zusammen, in dessen Verlauf Außenminister Barthou seinen Kollegen den Vorkauf der Note vorlas, die er der österreichischen Regierung als Antwort auf ihre Ankündigung der bevorstehenden Befassung des Völkerbundes mit dem deutsch-österreichischen Konflikt zu überreichen beabsichtigt. In der Note erklärt sich die französische Regierung mit der österreichischen Absicht einverstanden. Außenminister Barthou gab nach dem Kabinettsrat der Presse eine Erklärung ab, in der er u. a. betonte, nach französischer Ansicht habe die österreichische Regierung das Recht, den Völkerbund mit dieser Frage zu betrauen. Frankreich habe sich jedoch nicht mit den von Oesterreich in den Vordergrund geschobenen Fragen zu befassen, denn diese betrafen einzig und allein den Völkerbund.

Wien, 13. Febr. Außenminister Barthou empfing am Montagmittag nach dem Kabinettsrat den österreichischen Botschafter in Paris, Egger-Möllwald, dem er, wie angenommen wird, den Vorkauf der französischen Antwort auf die Ankündigung der österreichischen Regierung betr. die Befassung des Völkerbundes mit dem deutsch-österreichischen Konflikt überreichte.

Sechs Todesurteile beantragt

Berlin, 13. Febr. Im Prozeß wegen der angeblichen Ermordung des SS-Mannes von der Ab beantragte der Staatsanwalt am Dienstag gegen die Angeklagten Gütta, Krumpholz, Fischer, Rajemann, Rabenow und Marian Szellag, die sich aktiv an den Mordhandlungen beteiligt haben, die Todesstrafe. Außerdem beantragte der Anklagevertreter, diesen Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer abzuerkennen.

Gegen zehn Angeklagte beantragte der Staatsanwalt Zuchthaus- und Gefängnisstrafen in Höhe von 3-15 Jahren. Für zwei Angeklagte hat er mangels Beweises um Freispruch.

man braucht, um die Ruhnicker dieser Ordnung zu einer geschlossenen Phalanx gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen.

Damit wurde seit 1930 erreicht, daß selbst die politischen Parteien der Mitte nicht mehr daran dachten, ein taktisches Bündnis mit der Sozialdemokratie einzugehen, was der einzige Weg zur Rettung der demokratischen Republik hätte sein können. Aber das genügte nicht, um Hitler zur Macht zu bringen. Mit einem Butsch nachzuhelfen, scheute man sich nach den üblen Erfahrungen von 1923. So entschloß man sich zu einer aus List und Brutalität gemengten Methode, die man mit der Vokabel „Legalität“ tarnte. Während man ein Kabinettsrat nach dem anderen durch unterirdische Intrigen zu Fall brachte, die Reichstagswahl vom 6. März 1933 durch einen milden Terror beeinflusste und schließlich durch die offenbar verfassungswidrige Kassation der kommunistischen Mandate und Verhaftung einer Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter die absolute Mehrheit der Nationalsozialisten herstellte, brüstete man sich unentwegt der — „Legalität“!

Immerhin, diese Vokabel paßte nicht für alle, auf die man Rücksicht zu nehmen hatte. Sie paßte für Herrn von Hindenburg zur Verbedung einer der grandiossten Treulosigkeiten der Weltgeschichte, paßte für einen Teil der Bürokratie zur Gewissensbeschichtigung, paßte für das Gros der Bourgeoisie, das die offene Illegalität von rechts unter dem Gesichtspunkte des gefährlichen Präzedenzfalls nicht gern gesehen hätte. Sie paßte nicht für die nationalsozialistische Kerntruppe, die man die langen Jahre hindurch zur Anbetung der Gewalt und zur Verachtung des Rechts erzogen hatte. Für sie wurde eine andere Vokabel in Umlauf gesetzt, das Schlagwort von der „nationalen Revolution“. Es kann zwar keine größere Verfälschung des Revolutionsbegriffs geben, als seine Anwendung auf die Hitlerische Nacherschleiche, für die keiner seiner Anhänger sein kostbares Leben einzusetzen brauchte, und deren Revolutionscharakter erst dadurch der Welt zum Bewußtsein gebracht werden mußte, daß der „Führer“ eines Tages die „Revolution“, die gar nicht begonnen hatte, für beendet erklärte. Es ist auch ein grotesker Unfug, das Wort „national“ zum Schmuck einer Staatsumwälzung herabzumwürdigen, deren außenpolitische Folgen sich bald darauf in ungeahnten Spitzenleistungen an mehr oder minder ehelichen nationalen Verzicht — Südtirol, Elbaf-

Organisierung neuer Stratosphärenflüge

Moskau, 8. Februar. (S.M.) Der Unfall des Stratosphärenballons „Osoaviachim“ ist keineswegs der Anlaß zu einer Abschaffung der Vorbereitungen zur Erforschung der Stratosphäre. Sowohl der Führer der ersten Stratosphären-Expedition Professor Profoloff, als auch die Leiter der Luftfahrt-Akademie haben erklärt, daß der Bau von Stratosphärenballons fortgesetzt werden wird. Drei Gruppen von Ballonführern haben sich bereits freiwillig für die nächste Stratosphären-Expedition gemeldet. Gegenwärtig wird ein neuer Stratosphärenballon ausprobiert.

Unter der Pyramide

Große Funde bei den Ausgrabungen unter der Sakkar-Pyramide

Wien, London, 13. Febr. Die Ausgrabungen, die unter der Stufenpyramide von Sakkar ausgeführt werden, haben, Berichten aus Kairo zufolge, wieder sehr bemerkenswertere Materialzulage gefördert. Im Unterbau der Pyramide ist ein etwa 30 Meter langer Gang aufgedeckt worden, in dem sich Tausende von Schüsseln, Reliefs und Statuen befinden. Die meisten sind aus kostbarem Alabaster, andere aus Diorit, Porphyrt und Quarz hergestellt. Leider sind die Gefäße sämtlich zerbrochen, doch glaubt man, einige hundert wieder zusammensetzen zu können. Mehrere Tafeln tragen Inschriften in schwarzer Tusch. Einige scheinen zum Erbgut der Familie des Pharos gehört zu haben, der im 28. Jahrhundert vor Christi Geburt regierte und die Stufenpyramide erbaut hat. Andere Inschriften bezeichnen die Namen und Titel von Edelleuten und das Fest, auf dem sie ihnen angeboten wurden.

Das Neueste

Der italienische Staatssekretär Euzio wird am Samstag oder Sonntag zu einem dreitägigen Aufenthalt in Nagasack eintreffen. Wie amtlich erklärt wird, sollen alle Fragen erörtert werden, die Europa im allgemeinen und den Südoften im besonderen betreffen.

Nach dem „Matin“ werde dem General Duchene die Nachfolge des zum Kriegsminister ernannten Marschalls Petain als Generalinspektor der Verteidigung zur Luft übertragen werden.

Der radikalsozialistische Abg. Bonnaire, dessen Immunität aufgehoben worden war und gegen den der Untersuchungsrichter von Bayonne einen Vorführungsbefehl erlassen hatte, hatte bekanntlich ein ärztliches Zeugnis beigebracht, wonach er angeblich nicht reisefähig sei. Ein Gerichtsarzt erklärte ihn jedoch für sehr wohl reisefähig, und Abg. Bonnaire hat am Montagabend, von zwei Polizeibeamten begleitet, den Zug nach Bayonne bestiegen müssen. Als sich die Polizeibeamten in die Wohnung Bonnours in Paris begaben, warteten vor der Türe mehrere hundert Personen, bis sie wieder herauskamen und stehen gegen Bonnaire den Ruf aus: Tötet den Dieb!

Nach wochenlangen Verhandlungen fällt das Militärgericht in Barne am Montagabend in einem Miesenprozeß gegen 70 Kommunisten das Urteil. Es handelte sich bei den Angeklagten hauptsächlich um Angehörige der Barner Marineabteilung, die wegen Reellenbildung innerhalb der Garnison auf der Anstaltsbank saßen. Zwölf Kommunisten wurden zum Tode verurteilt. Bei vier weiteren wurde die an sich verurteilte Todesstrafe wegen Minderjährigkeit in je 15 Jahre Kerker umgewandelt. 15 Angeklagte erhielten Reststrafen zwischen fünf und 7 1/2 Jahren. Die restlichen 29 Angeklagten wurden freigesprochen.

Der griechische 4000-Tonnen-Dampfer „Meandros“ ist am Montagabend im Kermellkanal bei St. Catherine Point im dichten Nebel mit dem ebenfalls 4000-Tonnen-Dampfer „Dartford“ zusammengestoßen und gesunken. Ein Mitglied der Besatzung des griechischen Schiffes wurde verrettet. Ueber das Schicksal der übrigen ist nichts bekannt. Der Dampfer „Dartford“ ist am Bug schwer beschädigt.

Lothringen, Korridor — äußerten. Es klappt natürlich auch ein unüberbrückbarer Gegenatz zwischen dem Sinn der Worte „legal“ und „Revolution“. Aber das sind Zwirnstränge, über die eine Regierung, die keine unabhängige Presse duldet und die Wahrheit mit Zuchthaus bestraft, nicht stolpert. Es bleibt also dabei, daß sich die Landsknechte des „dritten Reiches“ als Helden der „diszipliniertesten“ und (für sie) „unblutigsten“ Revolution aller Zeiten fühlen und feiern lassen dürfen.

Doch die wirksamste aller bisher angewandten suggestiven Vokabeln ist vielleicht diejenige, die man benützt, um dem Reichstagsbrand eine historische Bedeutung beizulegen und zugleich dem Nationalsozialismus das so notwendige Alibi zu verschaffen. Er soll das „Fanal“ zum kommunistischen Gegenstande gewesen sein. Der sachliche Kern dieser Legende ist durch den Leipziger Prozeß für immer zerstört. Danach kann nicht mehr bezweifelt werden, daß ein kommunistischer Plan, den Reichstag zur Entfesselung eines Gegenstandes anzuzünden, niemals bestanden, und daß die aus seiner Kuppel aufsteigende Flamme tatsächlich nur der Hitlerregierung den ersuchten Vorwand für Massenverhaftungen und Zeitungsverbote geliefert hat. Schon vorher war jedem denkenden Menschen klar, daß die Anzündung eines leeren Gebäudes, dessen repräsentativer Charakter überdies durch die systematische Verhöhnung der „Quasselbude“ von Rechts- und Linksradikalen stets verwischt worden ist, für die politischen Zwecke der Kommunisten so ungeeignet wie möglich gewesen wäre. Und dennoch: die Vokabel „Fanal“ wurde in die Hirne der Zeitgenossen eingeklopft und blieb dort so fest sitzen, daß sie sogar in der Begründung des Reichsgerichtsurteils — zugunsten der Richter sei unterstellt, aus Gedankenlosigkeit — mit denselben irreführenden Attributen, mit denen die Hitlerregierung sie ausgestattet hat, wiederkehrt.

Diese kurze, keineswegs vollständige Zusammenstellung suggestiver Vokabeln des „dritten Reiches“ ist weit davon entfernt, den Zweck einer Sprachstudie zu verfolgen. Sie soll zeigen, in wie hohem Maße die suggestiven Vokabeln zu dem Erfolge des Nationalsozialismus beigetragen haben. Sie soll eine Mahnung sein, künftig aufmerksam als bisher der Sache die Schelle umzuhängen. Und sie soll nicht zuletzt die Ueberzeugung festigen, daß ein System, das mit solchen Mitteln arbeiten muß, nicht von Dauer sein wird.

Oesterreichs Arbeiter

im Kampf um die Freiheit

Fey gibt das Signal Generalstreik und Standrecht

Wien, 12. Februar. (Eig. Meldung.) Das zu erwarten war, ist eingetroffen. Dollfuß ist nach den „Einerseits“ und „Andererseits“ in die Klemme geraten und hat dem Vizekanzler Fey freie Hand gegeben, um den neuen Austrofaschismus einzuführen. Nach den Methoden Görings geht Fey vor. Seit Mittwoch voriger Woche werden systematisch die sozialdemokratischen Büros durchstöbert, die Häuser der Arbeiterschaft durchsucht. Es wird nach berühmtem Beispiel wie in Berlin vor einem Jahre gearbeitet. „Katakomben“ werden „entdeckt“, die zwar nachher keine sind, aber immerhin für den Moment braucht man das zur Stimmungsmache. Es werden Waffenslager „entdeckt“ und in Wirklichkeit wurde nichts gefunden. Die Reichstagsbrandstiftung soll auch in Oesterreich angezündet werden.

Der Hergang

Freitag abend im Ministerrat wurden entscheidende Beschlüsse gefasst, die die Einführung eines diktatorischen Regiments in den Bundesländern und in Wien, also in ganz Oesterreich bezwecken und die als erste Voraussetzung das Verbot und die Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei ansteht. Grundtätlich ist auch demgemäß beschlossen worden, wie aus zuverlässiger Quelle berichtet wird. Bundeskanzler Dollfuß hat zwar in diesem Kabinettsrat mit Fey ernstlich gerungen, da er mit der Erhebung der Arbeiterschaft gegen den Verfassungsbruch rechnete und weil Fey mit brutaler Gewalt die faschistische Allein Herrschaft aufrichten will. Aber zuletzt hat Dollfuß keine Schritte gegen Fey unternommen und so hatte dieser freie Hand.

Verhaftungen

Im Laufe des Samstags wurden in Wien allein 26 führende Sozialisten, darunter alle Bezirksobmänner des ehemaligen Schutzbundes, verhaftet. Das Bundeskanzleramt hat durch einen Geheimbefehl an sämtliche Bezirkshauptmannschaften diese beantragt, sofort Listen aller sozialdemokratischen Vertrauensmänner anzufordern, die nach der Auflösung der Partei in Konzentrationslager überführt werden sollen. Samstag und Sonntag häuften sich dann auch die Aktionen gegen die Sozialdemokratie, die eindeutig erkennen ließen, was bezweckt war, nämlich die Vernichtung und Auflösung der Partei und der Arbeiterorganisationen in ihrer Gesamtheit.

Die ersten Streiks

Noch Samstag in später Abendstunde fand wieder eine vertrauliche Sitzung des Bundeskanzleramtes statt. Teilnahmen Dollfuß, Fey, Starhemberg und ein Vertreter der monarchistischen Sturmtruppen. In dieser Sitzung wurde erwogen, wie die Beschlüsse des gestrigen (also vom Freitag) Ministerrats schneller in die Tat umgesetzt werden können und welche Form für die „Gleichschaltung“ gewählt werden solle. Schon Samstag abend wurde der Landtagsabgeordnete und sozialdemokratische Vizebürgermeister der niederösterreichischen Industriestadt Wiener-Neustadt unter Mißachtung seiner Immunität verhaftet. Die Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt legte sofort die Arbeit nieder und veranfaßte auf dem Hauptplatz der Stadt eine mächtige Kundgebung gegen den Faschismus.

Letzter Appell

Die Sozialdemokratie hat gegenüber dem offenen Verfassungsbruch in der Nacht zum Montag einen Aufruf an das österreichische Volk gerichtet und durch Flugzettel über ganz Oesterreich verbreitet. Der Aufruf befaßt sich mit den Verfassungsbruchaktionen des Vizekanzlers Fey, der von einer „Verschwörung des republikanischen Schutzbundes gegen die Sicherheit des Staates“ redet, um sich damit den Vorwand für einen entscheidenden Schlag gegen das Wiener Rathaus und gegen die Sozialdemokratische Partei zu schaffen. Es heißt in diesem Aufruf:

Herr Fey, der die Arbeiterschaft bis aufs Blut reizt, wagt es von einem „verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente“ gegen die Bevölkerung zu reden. Die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie niemanden, weder Bürgern, noch Bauern, angreife. Sie halte sich aber zum Kampf mit der Waffe für den Fall bereit, falls Faschisten es wagen sollten, die beschworene Verfassung der Republik vernichten zu wollen. Wenn der Eid und die Verfassung gebrochen würden und die Freiheit in Gefahr geriete, dann werde die Arbeiterschaft zu den Waffen greifen.

Fey hat auf die warnenden Stimmen der Sozialdemokratie nicht gehört. Er will sein Werk des Verfassungsbruches vollenden und Oesterreich in die Arme des Nationalsozialismus treiben. Denn Hitler wird der Sieger dieser Aktion sein. Ein Austro-Faschismus ist die Einbildung der Starhemberg-Fey-Männer, hinter der keine Massen stehen, die sich lediglich mit Hilfe der Polizei und Militärmacht vorläufig betätigen können. Die Herr-

schaften werden sich irren. Für Oesterreich gibt es nur zwei Gruppen, die einander gegenüberstehen. Die

Blutiger Kampf in Linz

Schwere Feuergefechte mit Artillerie - Zahlreiche Tote

Linz an der Donau, 12. Febr. In den Morgenstunden des heutigen Montags ist es hier zu einem schweren Zusammenstoß zwischen der Bundespolizei und dem sozialistisch-republikanischen Schutzbund gekommen. Als die Polizei am Montag früh vom Schutzbund die Räumung des Hauses und die freiwillige Herausgabe sämtlicher Waffen verlangte, wurde vom Parteihaus mit scharfen Schüssen geantwortet. Die Polizeibeamten zogen sich zurück, gingen, nachdem Verstärkung eingetroffen war, wiederum vor und verlangten erneut die Herausgabe der Waffen und die Räumung. Aus dem Parteihaus wurde abermals als Antwort auf die Polizei gefeuert. Die Polizei schritt nun zusammen mit militärischer Verstärkung zum Sturm auf das Parteihaus. Der Kampf ist zur Stunde noch im Gange.

Linz an der Donau, 12. Febr. Der Kampf mit den sozialistischen Schutzbündern nimmt immer größere Ausdehnung an. In verschiedenen Stadtteilen sind gegenwärtig heftige Straßenkämpfe im Gange.

Eine Polizeiwache im Innern der Stadt wurde von den Schutzbündern mit Maschinengewehren überrascht, jedoch nach längerem Kampf von Heimmehr und Polizisten wieder zurückgenommen. Ferner soll seit den Mittagstunden ein Feuergefecht auf dem oberhalb der Stadt gelegenen freien Berge im Gange sein, wo sich die Sozialdemokraten im Laufe der Nacht verchanzt hatten. Ueber Linz ist das Standrecht verhängt worden. Läden und Restaurants sind geschlossen. Aus der Umgebung soll ein starker Zufluss von Sozialdemokraten im Gange sein. Die Zahl der Toten und Verwundeten läßt sich jedoch bisher noch nicht feststellen.

Vor dem sozialdemokratischen Parteihaus sind zwei Alpenjägerkompanien mit Maschinengewehren eingesetzt worden, die aus Dachböden und Läden heraus das Haus beschleichen und den verchanzten Sozialdemokraten mit Handgranaten zu Leibe rücken. Im Parteihaus werden vier Polizeibeamte von den Sozialdemokraten als Geiseln gefangen genommen.

Wien, 12. Febr. Nach noch nicht bestätigten Meldungen aus Linz hat das Militär nach heftigem Kampf das sozialdemokratische Parteihaus, das Hotel Schiff, im Sturm genommen. Angeblich sollen bisher 15 Tote festgestellt

eine ist der nationalsozialistische Faschismus nach Hitlers Muster und die andere Gruppe ist die Sozialdemokratie, die für Verteidigung der Verfassung und der in der Verfassung niedergelegten Rechte des gesamten österreichischen Volkes kämpft. Dieser Bürgerkrieg, dessen erste Zusammenstöße heute erfolgt sind, ist voransichtlich nicht in den ersten Tagen und Wochen zu Ende.

worden sein. (Nach anderen Meldungen wird die Zahl der Toten zwischen 20 und 30 angegeben.)

Gegen eine Schule, die z. B. noch von Sozialdemokraten besetzt ist, ist eine größere Aktion im Gange, bei der Artillerie eingesetzt worden ist.

„Ruhe“

Um 18 Uhr ist die Ruhe in Linz im großen hergestellt worden. In einzelnen Punkten sind jedoch Zusammenrottungen noch im Gange. Trotz der starken Ausbreitung der Bewegung sind das Militär und die Polizei nach wie vor Herren der Lage und konnten bisher den Widerstand brechen.

Eine weitere amtliche Mitteilung aus Linz besagt, daß der Widerstand der Sozialdemokratie jetzt im großen als zusammengebrochen angesehen werden könne, jedoch wird aus Linz berichtet, daß bewaffnete Sozialdemokraten sich immer noch an einzelnen Stellen der Stadt, am Gaswerk und an der Neuen Brücke, halten und daß das Feuer auch an den Stellen, wo die Polizei die Ordnung hergestell hat, immer wieder aufflackert. Die Lage in Linz wird daher noch nicht als endgültig geklärt beurteilt. Nähere Angaben über die Verluste an Toten und Verwundeten auf beiden Seiten liegen bisher noch nicht vor. Weiter wird von Regierungsseite erklärt, daß die meisten in Linz und Oberösterreich von den Sozialdemokraten befehligten Blüge jetzt von den Truppen und der Polizei genommen worden seien. In Steier ist es gleichfalls zu heftigen Zusammenstößen zwischen Schutzbündern und der Polizei gekommen.

Auch in Graz

Wien, 12. Febr. Nach Berichten aus Graz liegt auch dort die Hauptstadt im Dunkeln. In einem Grazer Arbeiter-viertel haben Schutzbünder eine Nachtstube gestürmt und sich dort verchanzt. Sie werden gegenwärtig von Polizei und Militär belagert. Bei den Kämpfen in Eggenberg sind nach den bisher vorliegenden Berichten drei Personen getötet und 14 schwer verletzt worden. Auch der Kampf in Brunn an der Mur gestaltet sich sehr blutig und dauert noch an. Meldungen über Einzelheiten fehlen, da der Fernsprechverkehr unterbrochen ist. Auch aus Leoben und dem ganzen oberösterreichischen Industriegebiet werden Zusammenstöße gemeldet, bei denen auch Militär eingreifen mußte.

Die Besetzung des Wiener Rathauses

Generalstreik - Die Stadt ohne Licht

Wien, 12. Febr. Das Wiener Rathaus ist in den heutigen Abendstunden von einem größeren Aufgebot von Truppen, Polizei und Gendarmerie besetzt worden, ohne daß von sozialdemokratischer Seite ein ernsthafter Widerstand geleistet wurde. Hierbei ist eine Reihe von sozialdemokratischen Beamten verhaftet worden. Ebenso ist der Vizebürgermeister der Stadt Wien, Emmerling, der Leiter der gesamten häuslichen Betriebe, in den Abendstunden verhaftet worden.

Die Regierung beabsichtigt, wie verlautet, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Wien, Seitz, ein Ultimatum zu stellen, entweder freiwillig zurückzutreten und die Nacht sofort der Regierung zu übergeben, andernfalls er der Gewalt weichen müsse. Weiter soll nach der Besetzung des Rathauses ein Regierungskommissar für Wien ernannt werden.

Ohne Licht

Wien, 12. Febr. Ein allgemeiner Proteststreik der Wiener Arbeiterschaft ist Montag mittag hier infolge der Vorfälle in Linz ausgebrochen. In den Betrieben erschienen kurz vor 12 Uhr die sozialdemokratischen Betriebsräte und teilten den Arbeitgebern mit, daß die Arbeiterschaft einer allgemeinen Streikparade folgend die Arbeit Punkt 12 Uhr mittags niederlegen werde. Der gesamte Wiener Straßenbahnverkehr ist damit um Punkt 12 Uhr zum Stillstand gekommen. Die Elektrizität und Gaswerke sind gleichfalls in den Proteststreik eingetreten. Punkt 12 Uhr lehte gleichfalls der elektrische Strom in der ganzen Stadt aus. Die Polizeidirektion hat eigene Strommaschinen für den telegrafischen und telephonischen Polizeidienst in Kraft gesetzt. In dem lokalen Telefonverkehr sind gleichfalls Störungen infolge der Ausschaltung des elektrischen Stromes eingetreten. Die Dauer des Proteststreikes ist zur Stunde noch nicht zu überschauen.

Ausgestorben ...

Neuerlich strenge Absperrungsmaßnahmen sind in der ganzen Stadt mit einem riesigen Aufgebot von Polizei und Militär, Maschinengewehren und Traktoren durch-

geführt worden. Die Stadt macht einen ausgestorbenen Eindruck. Die auf den Schienen stehenden, von der Mannschaft verlassenen Straßenbahnwagen sind in den Abendstunden von der Polizei mit Kraftwagen abgeschleppt worden. In den Straßen ist die Polizeikontrolle außergewöhnlich scharf. Alle verdächtigen Personen werden durchsucht. In den Hauptstraßen ist der Personenverkehr vollständig gesperrt. Die Vorstellungen der Theater und Kinos sind ausnahmslos abgelehnt worden. Alle Restaurants müssen bis 8 Uhr abends geschlossen sein. In der Stadt herrscht vollständige Ruhe, jedoch ist es in den einzelnen äußeren Arbeiterbezirken zu heftigen Zusammenstößen und Schießereien zwischen der Polizei und den Arbeitern gekommen, bei denen von Arbeitersseite Maschinengewehre verwendet worden sind. Die Polizeiaktion in den äußeren Stadtbezirken ist bisher noch nicht zum Abschluß gelangt. Seit den Mittagstunden sind keine Zeitungen mehr erschienen.

Bewaffneter Widerstand

Wien, 12. Febr. In den Montagabendstunden haben die Unruhen in den Wiener Arbeiterbezirken wieder erheblich zugenommen. Stärkere Schießereien sollen in den Bezirken Ottakring, Simmering und in Dornbach zur Stunde im Gange sein. Die bisherigen Polizeiangaben von 2 Toten und 18 verletzten Polizisten werden bereits als überholt bezeichnet. Polizei und Truppen sollen bisher nicht hart genug sein, um den stündlich zunehmenden Widerstand der bewaffneten Sozialdemokraten gewachsen zu sein. Erhebliche Truppenverstärkungen sind infolgedessen in die Vororte entsandt worden.

Seitz, Deutsch, Renner verhaftet?

Wien, 12. Febr. In den späten Abendstunden wurden der Wiener sozialdemokratische Bürgermeister Seitz und acht Stadtratmitglieder verhaftet. Gerücheweise verlautet, daß auch die Sozialistenführer Deutsch und Renner sowie General Rörner verhaftet sind.

In den Vororten Wiens dauern die Schießereien in der Nacht an. An einigen Punkten habe die Polizei und die Truppe den Aufstand niedergeschlagen. Auf Seiten der Polizei werden vier Tote gemeldet.

Reich und Saargebiet

Gütertausch im Jahre 1933

Im Monat Dezember wurden aus dem Saargebiet nach dem Reich insgesamt 1 825 554 Doppelzentner ausgeführt gegenüber 1 618 988 Doppelzentner im November. Mengemäßig hatte die Ausfuhr an mineralischen und fossilen Rohstoffen mit plus 154 337 Doppelzentner die stärkste Zunahme aufzuweisen. Saisonmäßig bedingt ist bei den Erzeugnissen der Eisenindustrie ein Rückgang um 41 984 Doppelzentner auf 462 097 Doppelzentner eingetreten. Die Gesamtausfuhr des Saargebiets nach dem Reich erreichte 1933 18 227 000 Doppelzentner im Werte von 116,319 Millionen Reichsmark gegenüber 15 498 000 Doppelzentner im Werte von 89,199 Millionen Reichsmark im Jahre 1932. Die Kohlenausfuhr nach dem Reich betrug 9 520 260 (9 134 770) Tonnen Steinkohlen und 163 970 (243 240) Tonnen Koks im Werte von 15,9 (16,4) bzw. 0,275 (0,463) Millionen Reichsmark. Die Ausfuhr aus dem Reich ins Saargebiet ist mit 7,569 (6,679) Millionen Doppelzentner um 0,889 Millionen Doppelzentner gestiegen, wertmäßig dagegen mit 82,19 (89,077) Millionen Reichsmark um 6,887 Millionen Reichsmark gesunken. Die Kohlenausfuhr ins Saargebiet betrug 1 533 510 (980 660) Tonnen Steinkohlen, 358 820 (355 840) Tonnen Briketts sowie 267 970 (87 640) Tonnen Koks, wertmäßig 1,88 (1,29) bzw. 0,64 (0,61) bzw. 0,43 (0,189) Millionen Reichsmark.

„Günstiger“ Güterverkehr

Noch 11 v. H. niedriger als 1932

Die nationalsozialistische Presse berichtet unter der Überschrift „Günstiger Güterverkehr“:

Die Arbeitsschicht hat ihre Auswirkungen in alle Zweige der Wirtschaft hinein bemerkbar gemacht. Ein Beispiel dafür ist der Güterverkehr der Reichsbahn im Dezember 1933, der gegenüber dem Vormonat zwar den üblichen jahreszeitlich bedingten Rückgang aufweist, ohne sich jedoch in dem sonst beobachteten schroffen Maße auszuwirken.

Betrag der Rückgang in den letzten Vorjahren 16 und 20 Prozent, so belief er sich 1933 nur auf etwa 11 Prozent. Der Dezemberverkehr 1933 war sogar stärker als der in den beiden vorhergehenden Jahren 1932 und 1931. Neben der Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage ist das günstige Ergebnis zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß infolge der Vereisung der Wasserstraßen viele eilige Transporte vom Wasserweg auf die Schiene abwanderten. Außerdem zwang die starke Kälte zu stärkerem Bezug von Hausbrandkohle, und auch der Lastkraftwagen war durch die Witterungsverhältnisse da und dort behindert.

Die Tschechenkrone

Die tschechoslowakische Devaluation

Der endgültig gefaßte Devaluationsbeschluß der tschechoslowakischen Regierung hält sich noch durchaus im Rahmen des Grundsätzlichen, während für die Einzelheiten zwar ein im wesentlichen gebilligter, aber noch nicht verabschiedeter Entwurf vorliegt. Nicht einmal das Ausmaß der Devaluation ist vollständig sicher festgelegt, wenn auch als wahrscheinlich anzunehmen ist, daß der im Entwurf enthaltene Satz von $\frac{1}{3}$, also von 16 $\frac{2}{3}$ Prozent, beibehalten werden wird. Fest steht, daß diese Senkung sich in der Form vollziehen wird, daß durch Gesetz ein neuer Goldgehalt der tschechoslowakischen Krone festgelegt wird. Unbekannt ist zur Zeit noch das Datum, an dem der Devaluationsbeschluß in Kraft treten wird, zumal ja die feste Absicht besteht, neben der Neuordnung der Währung auch sonstige grundlegende wirtschaftliche Maßnahmen, vor allem durch Krediterweiterung und Auftaunung unbeweglich gewordener Schulden zu treffen, für die natürlich ebenfalls bereits Entwürfe, aber noch keine Einigung innerhalb der Koalitionsparteien vorliegen. Die wichtige Frage der Exportförderung hofft man ebenfalls durch die Devaluation im wesentlichen gelöst zu haben.

Kein „jüdisches“ Unternehmen

Wenn das Geschäft verpachtet ist

Das Oberlandesgericht in Königsberg hat in einem Falle entschieden, daß ein Unternehmen, das einem Juden gehört und an einen Nichtjuden verpachtet ist, nicht als ein jüdisches Unternehmen anzusehen sei. Der Entscheidung liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Der Inhaber eines Konkurrenzunternehmens hatte wiederholt gesagt, die Firma des Pächters sei ein jüdisches Unternehmen, der Pächter sei nur ein vorgeschobener Strohhalm. Daraufhin hat der Pächter im Prozeßwege verlangt, dem Beklagten zu untersagen, derartige Behauptungen über die Firma des Klägers zu verbreiten, weil sie nicht erweislich wahre Tatsachen in bezug auf das Erwerbsgeschäft und die Person des Klägers als Inhabers oder Leiters darstellten und geeignet seien, seinen Betrieb zu schädigen (§§ 1, 14 des Reichsgerichtes gegen den unlauteren Wettbewerb). Das Landgericht hatte den Antrag des Klägers abgewiesen, weil die Behauptungen des Beklagten zuträfen. Auf die Berufung des Klägers hat das Oberlandesgericht dem Antrag des Klägers entsprochen.

Wären die Behauptungen des Beklagten zum Rassenpunkte wahr, so heißt es in der Begründung, dann würden sie einen Unterlassungsanspruch des Klägers nicht begründen. Die Behauptungen, die der Kläger beanstandet, seien aber unsichtig. Sein Pachtvertrag mit dem jüdischen Eigentümer sei ernstlich gemeint. Der Kläger habe in der Rechtsstellung als Pächter volle Selbständigkeit in dem Unternehmen, sei bei dessen Betrieb in keiner Weise von Vorschriften des Verpächters abhängig. Möge er auch vom Gewinn seines Erwerbsgeschäfts einen beträchtlichen Teil als Pachtzins an den jüdischen Verpächter abführen müssen, so ändert das nichts an der Tatsache, daß er das Erwerbsgeschäft leite und im eigenen Namen und für eigene Rechnung führe.

Dr. Jan Severin:

Die Schwierigkeiten der deutschen Handelspolitik

Nachdem jetzt Deutschland nicht weniger als hundert der wichtigsten französischen Einfuhrwaren der Kontingentierung unterworfen hat, ist die unklare handelspolitische Situation, die bereits seit einigen Wochen zwischen beiden Ländern besteht, einem klaren Zustande gewichen, nämlich demjenigen des offenen Handelskrieges. Was diese Tatsache bei der jetzigen europäischen Lage auch in politischer Hinsicht bedeutet, und was sie für Folgen haben kann, bedarf kaum näherer Erklärung. Mit Finnland lebt Deutschland bereits seit längerer Zeit in dem Zustande eines offenen Zollkrieges, der durch immer neue und verschärfte Kontingentmaßnahmen aus Berlin und Helsingfors von Zeit zu Zeit seinen Ausdruck findet. Die Beziehungen zu den anderen skandinavischen Staaten sind höchst unerfreulich und erst letztthin hat sich Schweden der englischen Demarche gegen die Unbilligkeiten der von deutscher Seite mehr oder minder einseitig vorgenommenen Transferregelung angeschlossen. Die wirtschaftliche Erbitterung der englischen und amerikanischen Außenhandelskreise tritt in der Presse der beiden Länder fast von Tag zu Tag deutlicher hervor, und sie wird neuerdings in den USA, noch durch ständige, mit präzisen Zahlenangaben belegte Hinweise darauf verstärkt, daß Deutschland die aus der Nichtüberweisung der Zinsen ersparten Beträge vorwiegend dazu benutzte, um seine Anleihen zurückzukaufen. Kurzum, die handelspolitische Lage Deutschlands war seit den Inflationsjahren vielleicht noch niemals so schwierig, wie grade heute.

Es handelt sich hierbei um keinen Zufall, sondern vielmehr um das unausbleibliche Resultat einer verfehlten Handelspolitik, die übrigens noch weit in die Jahre vor der Machtübergriffung Hitlers zurückdatiert, im Laufe des Jahres 1933 aber eine geradezu bizarre Entwicklung genommen hat.

Betrachtet man den heutigen Stand der Dinge, so wird man auch bei der nüchternsten Ueberlegung immer wieder zu dem Ergebnis gelangen, daß Deutschland, das jetzt, angeblich unter größter Anstrengung 30 Prozent seiner Zinsen transferiert, nicht nur den Transfer in der bisherigen Höhe von 50 Prozent, sondern sogar in vollem Umfange von 100 Prozent aufrechterhalten könnte, wenn es auf den Rückkauf der Anleihen im Auslande verzichtete würde, und wenn es seine Exportüberschüsse und den Goldzuwachs der Reichsbank in erster Reihe zu diesem Zwecke verwenden wollte. Um die heutige, fast ausweglose Lage der deutschen Handelspolitik richtig zu verstehen, muß man sich darüber klar sein, daß die handelspolitische Linie seit vielen Jahren in Deutschland so angelegt war, daß man der Abdeckung der Verbindlichkeiten an das Ausland mit allen Kräften bewußt entgegenarbeitete. Die einfachste Ueberlegung sagt, daß derjenige Staat, der große Finanzverpflichtungen an das Ausland hat, das größte Interesse daran zeigen sollte, den Umfang der internationalen Handelsbeziehungen auszudehnen oder doch wenigstens aufrecht zu erhalten. Da internationale Verbindlichkeiten schließlich nur in Waren beglichen werden können, hat niemand ein größeres Interesse an dem guten Funktionieren des internationalen Gütertauschs, als ein Schuldnerstaat. Die deutsche Handelspolitik hat sich nun aber seit Jahr und Tag in genau entgegengesetzter Richtung bewegt. Das Hauptziel war, die Unabhängigkeit vom Auslande für den Kriegsfall, insbesondere also Autarkie der Lebensmittel- und wenn möglich auch der Kriegs-Rohstoffversorgung zu erreichen.

Seit Jahren verfolgt man eine Politik der Absperrung vom Weltmarkt und hat, diesem Phantom zuliebe, nicht nur sich selbst vom internationalen Handel immer mehr ausgeschlossen, sondern was noch wichtiger ist — in außerordentlich hohem Maße hierdurch zu einer Vernichtung des Welthandels überhaupt beigetragen.

Vernünftige Handelspolitiker, die übrigens keineswegs nur den Linksparteien angehörten, haben in Deutschland seit Jahren auf die unausbleiblichen Folgen dieser Politik immer hingewiesen. Man hat sie nicht gehört und wollte sie nicht hören, weil man sich vollständig klar darüber war, daß der Absatz deutscher Waren im Auslande auf diese Weise zurückgehen müsse. Man war bereit dazu, diesen Exportschwund in Kauf zu nehmen, man wußte auch, daß früher oder später diese Politik zur deutschen Zahlungseinstellung gegenüber den ausländischen Gläubigern — den Staaten sowie den Privatgläubigern — führen mußte, aber das trügerische Ziel einer in Wirklichkeit doch niemals erreichbaren Autarkie, das man aus Gründen militärischer und politischer Natur anstrebte, stand stets höher, als alle nüchternen handelspolitischen Erwägungen.

Während man aber früher trotz der immer bestimmter auftretenden Wünsche des Großgrundbesitzes und der Schwerindustrie immerhin wenigstens äußerlich versuchte, die Meistbegünstigung als Grundsatz der deutschen Handelspolitik aufrechtzuerhalten und eine Art Synthese zwischen diesen Autarkiewünschen und den auf diesem Gebiete ziemlich übereinstimmenden Interessen der werktätigen Schichten, also des Konsums, und der Exportindustrien zu schaffen, hat man

diese Versuche 1933 völlig aufgegeben. Wie sehr z. B. Frankreich der vernünftigen kaufmännischen Ueberlegung, daß man es seinem Finanzschuldner ermöglichen müsse, in Ware zu zahlen, nachgegeben hat, ging deutlich aus dem deutsch-französischen Handelsvertrage vom August 1927 hervor. Der bis Ende 1933 eine für die deutschen Interessen sehr wertvolle Basis der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen darstellte. Das handelspolitische Passivum Frankreichs aus diesem Vertrage wurde von Jahr zu Jahr größer.

Trotz gelegentlicher Kritik sah man dieser Entwicklung in Paris aber ruhig zu, weil man immer wieder in Betracht zog, daß allein durch dieses Handelsaktivum Deutschland in der Lage sein könnte, seine Reparationsschulden zu zahlen.

Die deutsch-französische Handelsbilanz war zwar für Frankreich ungünstig, aber man nahm dies in Kauf, weil die Zahlungsbilanz beider Länder auf diese Weise ausgeglichen werden konnte, d. h. weil Deutschland durch seinen Exportüberschuß instand gesetzt werden konnte, die Zahlungen an Frankreich zu leisten. Nach der französischen Statistik ergibt sich folgendes Bild des Handelsverkehrs beider Länder für die letzten vier Jahre (in Millionen Franken):

	Frankreichs	
	Einfuhr aus Deutschland	Ausfuhr nach Deutschland
1930	7937	4155
1931	6141	2748
1932	8618	1689
1933 (9 Monate)	2301	1216

Nachdem die Zahlung der politischen Schulden aus den bekannten Gründen aufgehört hatte, ist es begreiflich, daß eine Fortsetzung der Handelsbeziehungen auf dieser Grundlage für Frankreich nicht mehr in Frage kommen konnte. Eine Verlängerung des Handelsvertrages hätte nämlich nichts weiter bedeutet, als daß Frankreich, das in nur sehr geringem Umfange zu den Privatgläubigern Deutschlands gehörte, durch ein Passivum seiner Zahlungsbilanz dazu beigetragen hätte, Deutschland die Zahlungen an die anderen ausländischen Privatgläubiger zu erleichtern. Da Deutschland aber die privaten Auslandsschulden nicht oder nur zu einem minimalen Bruchteile zahlte, hätte Frankreich in der Praxis mit seinem Handelspassivum die Rückkäufe der deutschen Anleihen im Auslande, die forcierte Einfuhr von Kriegsrohstoffen und manche andere Dinge bezahlt, an denen es nicht gerade besonders interessiert ist.

Der deutsch-finnische Handelskrieg wird von deutscher Seite zwar recht oberflächlich damit begründet, daß sich Helsingfors sehr stark am Boykott deutscher Waren beteiligt hat und daß Finnland den Vertrag nur deswegen gelöst habe, weil es jahrelang aus ihm Vorteile gezogen habe, jetzt aber bessere Geschäfte mit England machen könne. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber so, daß die zunehmende Autarkisierung der deutschen Lebensmittelversorgung und die jetzt eingeführte Monopolisierung der Butter-, Käse- und Eierwirtschaft das finnische Interesse am deutschen Geschäft um so mehr vernichtet haben, als tatsächlich der finnisch-englische Handelsvertrag Helsingfors beträchtliche Vorteile bot.

In diesen beiden Fällen ist es zum offenen Konflikt gekommen, in anderen stehen aller Wahrscheinlichkeit nach unliebsame Ueberraschungen noch bevor. Bei der gewaltigen Bedeutung, die allein das Aktivum im Handelsverkehr mit Frankreich für Deutschland hat, wird man wohl annehmen dürfen, daß man sehr bald wieder recht entschieden auf die zunehmenden Schwierigkeiten der Devisenlage hinweisen wird. Herr Dr. Schacht hat auch bereits damit gedroht, daß es keineswegs ausgeschlossen sei, daß Deutschland eine neue Transfer-Reduktion vornehmen müsse. Nach den bisherigen Erfahrungen pflegt auf solche Ankündigungen in Berlin fast immer sehr bald die Tat zu folgen. Die Einschränkungen des Transfers haben also im Laufe des vergangenen Jahres zu immer weiteren Transferreduktionen geführt. Die Autarkiewünsche haben immer neue Autarkiewünsche ausgelöst. In der inneren Wirtschaftspolitik gibt es heute keine Möglichkeiten mehr, hemmend auf diese Entwicklungen einzuwirken, da die großen Konsum-Schichten, der Uebersee-Exporthandel und übrigens auch ein großer Teil der Exportindustrien selbst gegenüber dem Großgrundbesitz und der Schwerindustrie politisch völlig einflußlos geworden sind. Diese Entwicklung muß geradezu automatisch zur völligen Einstellung der deutschen Zahlungen führen, schon weil die Zahl der Staaten ständig wächst, die das deutsche Dumping, die forcierte Einfuhr von Kriegsrohstoffen und die Nichtzahlung der Privatschulden keineswegs durch Verlängerung der unter ganz anderen Verhältnissen abgeschlossenen Handelsverträge erleichtern wollen. Die ständige Verschärfung der handelspolitischen Schwierigkeiten ist als Vorboten der kommenden Zahlungseinstellung und als Ergebnis einer seit mindestens 1928 völlig verfehlten und gefährlichen Handelspolitik Deutschlands zu werten.

„Braune Messe“ schließt Juden aus

Ungeachtet der Order Frick-Göring, daß das Arierprinzip in der Wirtschaft nicht gelten dürfe, werden die Bemühungen, die Juden aus der Wirtschaft Deutschlands hinauszustoßen, unentwegt fortgesetzt. Die Leitung der vom 9. bis 23. Juni in Bremen stattfindenden zweiten Braunen Messe gibt bekannt, daß Juden von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Als Ziel der Messe wird die Förderung des arischen Kleinhandels angegeben. Die Vereinigung nationalsozialistischer Kaufleute, die gemeinsam mit dem Institut für deutsche Wirtschaftpropaganda die „Braune Hansa-Messe“ organisiert, kündigt die Eröffnung einer Schule zur Ausbildung von Propagandisten an und erklärt, daß sie die Unterstützung der Parteiautoritäten und der NS-Arbeitsfront hat.

Herren-Konfektion meldet Belegung

In den Herrenkleiderfabriken wird die Möglichkeit seit Jahresbeginn ausschließlich vom Frühjahrsgeschäft beherrscht. Die regere Kaufkraft des Einzelhandels beruhte auf der Notwendigkeit, die sehr desortierten Läger durchgreifend aufzufrischen und mit den Neuheiten der Frühjahrs- und Sommersaison auszustatten. Besonders die Anschaffung des Festanzuges für die Arbeitsfront verspricht dem Geschäft einen starken Antrieb zu verschaffen. Abgesehen davon zeigt sich bei den Abnehmern der Herrenkleiderfabriken ein lebhaftes Interesse für farbige modische Herrenkleidung. Nicht wenig hat wohl auch die anhaltende Wollhaussie dem Einzelhandel Anlaß gegeben, seine Dispositionen in reichlicherem Ausmaße vorzunehmen.

Labour Party zur Rüstungsfrage

„Deutschlands Gleichberechtigung wird nicht der Vernunft, sondern der Gewalt gewährt“

(I. I.) In der Unterhausdebatte vom 6. Februar über das englische Memorandum zur Abrüstungskonferenz sprachen für die Arbeiterpartei die Abgeordneten Attlee, Cocks und Sir Stafford Cripps. Wir geben ihre Reden auf Grund des Berichts in der „Times“ vom 7. Februar wieder:

Attlee (Limehouse)

Meine Parteifreunde haben nie erklärt, daß sie mit den Vorschlägen des Abrüstungskonferenzentwurfs zufrieden seien und sie sind nicht im allermindesten zufrieden mit dem neuen Memorandum. Es scheint mir ein äußerst bedauerliches Elaborat als Ergebnis der Abrüstungsberatungen zu sein und es gilt zu erkennen, wie sehr dieses Resultat den früheren Fehlern der britischen und anderen Regierungen anzuschreiben ist.

Im Verlaufe der Debatte über die Abrüstung haben wir eine allmähliche Aenderung der Ausdruckweise erlebt. Seinerzeit sprachen wir von Abrüstung allein; dann tauchten Fragen der Möglichkeit der Wiederanrüstung auf; und nun ist man in der Rede des Außenministers bis zur Regulierung der Rüstungen und der Wiederanrüstung gelangt. Wir gingen aus von der Grundlage, daß die Welt abrüsten sollte; nun sagt man uns, daß es keine Möglichkeit gebe, die Waffen sofort aufzugeben, die den abgerüsteten Ländern verboten wurden, weil es sich um Dissensoffiziere handelte, man erzählt uns, daß offensichtlich eine solche Lösung gegenwärtig praktisch unerreichbar sei. Das Memorandum schweigt sich allerdings darüber aus, warum das unerreichbar sei.

Das Memorandum ist in der Hauptsache ein Vorschlag für die Aufrüstung Deutschlands (Weisfall bei der Opposition). Praktisch lagen wir wiederum, daß Deutschland eine Armee, und zwar eine vergrößerte Armee haben sollte. Zunächst haben wir zugestimmt, daß eine Kommission für die Abschaffung der Militärflotte tagen solle, aber man hat so wenig Vertrauen dazu, daß besondere Flugzeugabwehrschiffe für die zwei Jahre vorgesehen sind, in denen die Kommission tagen soll. Daraus ergibt sich vollkommen klar, daß wir nicht ernsthaft daran glauben, daß die Abschaffung der Luftflotte erzielt werden kann.

Sir John Simon hat besonders die absolute Notwendigkeit hervorgehoben, Deutschland die Gleichberechtigung zu gewähren. Er hat das dargestellt, als wäre das eines der Axiome, die niemand überhaupt in Zweifel ziehen könne. Was mich besonders berührt, ist, wie blödsinnig die Befehrer des Außenministers und derrer, die ihm Weisfall klatschten, gekommen ist.

Deutschlands Stellung nach dem Vertrag von Versailles ist immer wieder hervorgehoben worden. Deutschlands Forderungen wurden immer wieder abgelehnt und erst jetzt ist die große Erleuchtung über den Außenminister gekommen und er hat entdeckt, daß es ein Axiom sei, daß Gleichberechtigung bestehen müsse. Der Außenminister ist ein großer Rechtsanwalt und die Frage, die die Welt seit dem Kriege bewegt hat, war die, ob die Gewalt oder das Recht herrschen soll. Der große Rechtsanwalt hat mehr für die Herrschaft der Gewalt gegen die Herrschaft des Rechts getan als irgend ein anderer Außenminister (Weisfall bei der Opposition).

Deutschlands Gleichberechtigung wird zu spät gewährt; sie wird nicht der Vernunft, sondern der Gewalt gewährt. In der Tat hat der Außenminister gesagt, daß der Weg, etwas durchzusetzen, der sei, die Abrüstungskonferenz zu

verlassen, aus dem Völkerverband auszutreten und kriegerische Mächte zu führen; dann erhält man Konzessionen (Weisfall bei der Opposition).

Dasselbe hat der Außenminister schon früher gemacht, indem er die Herrschaft des Rechts in der Frage des Fernen Ostens zugunsten der Herrschaft der Gewalt fürzte (Weisfall bei der Opposition). Die Herren Deutschlands haben offen gesagt, daß Japan ein Vorbild dafür sei, wie man die übrige Welt behandeln müsse.

Das wirkliche Versagen der Abrüstungskonferenz ist nicht in der Hauptsache den Schwierigkeiten bei der Erörterung von 6- oder 8-Tonnen-Tanks oder von Aeroplanen anzuschreiben, sondern dem Umstand, daß der Grundgedanke der Nichtanwendung der Gewalt in internationalen Angelegenheiten überhaupt nicht durchgesetzt worden sei. Wenn man im Memorandum liest, daß „das Ziel die Aufrechterhaltung des Friedens ist. Obwohl die Steigerung der bewaffneten Kräfte aus Gründen der Verteidigung erfolgen mag, ist sie ein Zeichen der Furcht vor Angriffen von anderen und ein Maß für die Erregung und die Zwietracht zwischen den Völkern.“ so ist das ein Beweis für den Mangel an Vertrauen zum System kollektiver Sicherheit des Völkerverbandes und zu allen Vertragsgarantien (Weisfall bei der Opposition). Die ganze Idee der Sicherheit brach zusammen, als die Welt sich in der Angelegenheit des chinesisch-japanischen Konfliktes nicht durchsetzen konnte (Weisfall bei der Opposition), was tatsächlich bedeutete, daß man zur Weltgarantie kein Vertrauen haben könne. Was nützt es, wenn man im Memorandum glaubt, die Forderung nach Sicherheit durch die Sammlung einer Anzahl Papiergarantien erfüllen zu können und schließlich erklärt, man hat ein Recht zu erwarten, daß, wenn diese Bestimmungen und Verpflichtungen selber eingehalten würden, sie nicht leichtfertig verletzt werden und jeder Verletzung auf die praktischste und wirksamste Weise dadurch begegnet würde, daß die Regierungen und Staaten sofort zur Unterdrückung des Weltfriedens und zur Herbeiführung des Einvernehmens gegen den Friedensstörer und Rechtsverlether zusammentreten.“

Das Schlimme ist, daß gegenwärtig kein wirklicher Glaube an Sicherheit besteht. Die Labour Party hat niemals ihre Überzeugung verschwiegen, daß um der Sicherheit willen die volle Abrüstung verwirklicht werden müsse. Sie wurde als Kriegsbegehrin angeprangert, als sie vorstufte, daß England sein Wort erfüllen solle, was nicht notwendigerweise Krieg bedeuete.

Es bestehen zahlreiche andere Wege, den Frieden zu erzwingen, aber wenn man an ein Kollektivsystem glaubt, müssen gewisse Sanktionen dahinter stehen. Vielleicht ist das Wissen um den Umstand, daß Sir John Simon niemals bereit war, durchzuhalten, wenn es zu diesem Punkte kam, dafür verantwortlich, daß wir immer wieder zurückweichen mußten. Es hat keinen Sinn, wenn der Außenminister sich stark macht, da es bekannt ist, daß er niemals um irgend einer Sache willen, nicht einmal um der kollektiven Sicherheit willen, das Schwert ziehen werde.

So lange die Welt von den Grundfragen innerer Konkurrenz und von gegnerischen Parteien zerrissen wird, die den nationalen Egoismus für ihre eigenen Zwecke annehmen, so lange werden wir mit der Abrüstungskonferenz nicht weit kommen. Die Labour Party ist der Meinung, daß das Keuschste, was aus diesem Dokument, selbst wenn es von Deutschland, Frankreich und den anderen Mächten angenommen würde, herausgeholt werden könnte, eine sehr kurze Atempause ist, die nicht mit Arbeit für den Frieden,

sondern mit Manövern für die nächsten Kriege erfüllt wäre (Weisfall bei der Opposition).

Cocks (Broxtowe)

Das Versprechen der Gleichberechtigung an Deutschland hat sowohl den friedensfreundlichen Elementen in Deutschland als auch der Abrüstungskonferenz selbst einen Streich versetzt. Deutschland verlangt volle Abrüstung zu Land, zu See und in der Luft, in Durchführung seiner Politik, das Wort Frieden aus dem Wörterbuch der Welt zu streichen.

Deutschlands Ziel ist nicht die Gleichheit, sondern die militärische Vormacht in Europa, um seinen Willen den Nachbarn aufzuzwingen und schließlich den Versailler Vertrag zu zerbrechen. Dennoch schlägt die britische Regierung vor, Deutschland die Waffen zurückzugeben, die man ihm im Versailler Vertrag nahm. Glaubte irgend jemand wirklich, daß ein von Deutschland unterzeichneter Nichtangriffspakt überhaupt etwas wert sei? (Hört, hört!)

Angeht die gegenwärtige Lage in Deutschland an? Die Vorschläge im Memorandum laß ich mir an. Da Deutschland den Völkerverband aus eigenem Willen verlassen hat, sollte kein Versuch gemacht werden, es wieder dorthin zurückzuführen. Wenn Deutschland draußen ist, soll es draußen bleiben, soferne es nur die Bestimmungen der verschiedenen Verträge beobachtet, die es unterzeichnet hat. (Hört, hört!)

Der einzige Weg, Sicherheit zu erzielen, besteht für alle Völker darin, einen eindeutigen Vertrag abzuschließen, wonach jeder von ihnen, der nach Sanktionsgerichtsbarkeit unangenehm angegriffen wird, von allen anderen unterstützt wird. Ein Teil dieses Paktes muß eine Definition des Begriffs „Angreifer“ sein.

Sir Stafford Cripps

Das Memorandum entspricht nicht der Wirklichkeit. Es ignoriert bekannte und entscheidende Faktoren der internationalen Lage. Will Herr Eden ausdrücklich erklären, ob wir, wenn andere Regierungen bereit sind, bis auf das Niveau von Deutschland abzurufen und alle Offensivwaffen abzuschaffen, bereit wären, daselbe zu tun?

Wenn die Regierung diese Frage nicht beantworten kann, ist es absolut falsch, daß sie im Memorandum Erklärungen abgibt, aus denen hervorgeht, daß der Fehler nicht bei ihr liegt. Die Wahrheit scheint zu sein, daß kein Land bereit ist, sich den Gefahren wirklicher Abrüstung auszusetzen, ohne mehr zu empfangen als bloße Papiergarantien. Der Umstand, daß wir selbst bestimmen wollen, ob ein Angriff vorliegt, macht die Sicherheit für die anderen Vertragsparteien ungewiß. Solange diese Lage besteht, ist es unmöglich, wirkliche Abrüstung zu erzielen.

Das Einzige, was zu tun ist, besteht darin, irgend eine Norm internationaler Polizei zu errichten. Wenn nicht irgend etwas dieser Art geschaffen wird, kommen wir niemals über die Hauptschwierigkeit der Sicherheit hinweg, ohne deren Überwindung die Diskussion über die Größe der Deeresstände, die Zahl der Tanks, Gewehre usw. bloße Zeitverschwendung ist. Ich möchte ferner fragen, ob bei der geforderten allgemeinen Zustimmung auch Japan eingeschlossen ist, andernfalls wäre das Dokument für den Versailler Vertrag bestimmt. Die Länder, die die Abrüstung wollen, müssen den kriegsfeindlichen Ländern erklären, daß sie sich entscheiden müssen und daß sie sich absetzbar stellen müssen, wenn sie nicht die Regeln akzeptieren wollen, die die anderen Länder wünschen.

Rumänische Faschisten

Die blutige Barabari wird fortgesetzt

Temesvar, den 6. Februar 1931.

Die blutigen faschistischen Terrorakte in Rumänien nahmen mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Duca sein Ende. An Temesvar wurde der 14-jährige progressive Maler Julius Podlipny von dreißig nationalsozialistischen Hochschülern halbtot geprügelt — der Führer der Terrorgruppe war ein h'herischer Schwabe, Julius Podlipny, der als Grafiker in Mitteleuropa einer der größten ist, wurde an der Temesvarer Hochschule für bildende Künste zum Professor ernannt, da er aber ungarisch-schweizerischer Abstammung gilt, provozierte seine Ernennung den Haß des rumänischen Studenten gegen den ungarischen Künstler.

Der Fall ist um so trister, da Podlipny als Juvallide nur eine Hand besitzt. Die inländische reaktionäre Presse versuchte den Fall zu verharmlosen, trotzdem diese Tat in Mitteleuropa als faschistischer Kulturanschlag beispiellos dasteht. Der mit der höchsten Auszeichnung der Budapester Kunstakademie beförperte Künstler, im Anhalt seiner Kunst progressiv, sich von jeder allgärtlichen Politik ferne haltend, ist in Rumänien als ein Apostel des internationalen menschlichen Geistes bekannt.

Die Rote Armee

Ihre Motorisierung

Dem Referat des Volkskommissars für Meer und Marine Vorochiloff, das bereits in der Presse ausführlich besprochen wurde, entnehmen wir noch folgende interessante Angaben über die Motorisierung der Roten Armee. Während im Jahre 1924 auf jeden Rotarmisten 2,8 PS motorische Kräfte (Automobile, Traktoren, Tanks) entfielen, waren es 1930: 4,7 und 1933: 7,74 PS. Dies ist wesentlich mehr als in der französischen und amerikanischen Armee und sogar mehr als in der englischen Armee, in der die Mechanisierung am meisten fortschrittlich ist. Das hat zur Folge gehabt, daß der Anteil der technisch qualifizierten Kräfte in der Roten Armee erheblich angewachsen ist. Gegenwärtig beträgt die Anzahl der technischen Kräfte in der Roten Armee 30 Prozent, zu denen noch rund 20 Prozent der Maschinengewehr-Abteilungen kommen. Das bedeutet, daß rund 70 Prozent der Rotarmisten bei ihrem Ausschneiden aus der Armee mit Mechanikern vertraut sind und damit ihre berufliche Qualifikation für die Friedenszeit wesentlich erhöht haben.

Radioindustrie in Rußland

Moskau, 11. Febr. (RSL). In einer Unterredung mit einem Vertreter der Zeitung „Dziewitsja“ machte der Direktor des Moskauer Forschungs-Institutes für elektrische Verbindungen, Prof. Paprow-Skobie, die Mitteilung, daß es dem Institut gelungen sei, einen Ultraschallwellen-Sender von 2 Kilowatt zu konstruieren, der auf der Wellenlänge von 6,8 Meter arbeitet. Dabei ist es gelungen, den Apparat so zu vervollkommen, daß die Sendung auch bei

Pilsudskis dritter Staatsstreich

Der Verfassungsschwandel des Diktators

Man schreibt der „SS“:

Den ersten Staatsstreich vollzog der polnische Alleinherrscher durch die bekannte dreitägige blutige Straßenkämpfe im Mai 1926. Trotzdem die volle Staatsmacht in seine Hände fiel, ließ er die durch und durch demokratische Verfassung im großen Ganzen bestehen. Der zweite Staatsstreich war die Einherkerung der Oppositionsführer in der militärischen Zeitung Przewodnik und die sich daran anschließenden Greuel, wodurch Pilsudski die Bevölkerung vollständig einschüchterte und im Herbst 1930 zu einer willfährigen Majorität im neugewählten Parlament gelangte.

Gleich zu Beginn der Parlamentsession wurde vor der Opposition, mit unseren Genossen an der Spitze, die berühmte Interpellation eingebracht, worin die an den Gesangenen in Bresk verübten Greuel geschildert wurden. Ein Sturm der Entrüstung ging durch das ganze Land. Um die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von diesen Ereignissen abzulenken, brachte die Regierungspartei im Parlament einen neuen Verfassungsentwurf ein, der die bestehende, von Pilsudski aber vollständig mißachtete demokratische Verfassung auflösen hätte. Die darauf in Szene gesetzte Agitation, um für das Reformwerk im Volke Stimmung zu machen, verfehlte ihr Ziel. Die Massen schenken der offiziellen Propaganda keine Beachtung, ebensowenig wie den Sitzungen des parlamentarischen Verfassungsausschusses, die sich volle drei Jahre hinschleppten. Die Opposition hielt sich von diesen Sitzungen fern, um ihre Feindseligkeit gegen jede von dem sogenannten „Breiter“ Parlamente unternommene Reform der geltenden Verfassung zu demonstrieren.

Nach drei Jahren öder und geistloser Debatten, die sich einzig und allein im engen Kreise der Regierungspartei abspielten, beschloß dieser Rumpfausschuss, dem Plenum einen Bericht über den Stand seiner Arbeiten sowie auch seine sogenannten Thesen zu unterbreiten, welche letztere die Grundzüge zusammenfaßten, auf denen die neue Verfassung aufzubauen wäre. Ueber die „Thesen“ wollte der

Ausschuss eine Beschlussfassung herbeiführen, um dadurch, wie sich der Bericht äußerte, eine Richtschnur „für die weiteren Arbeiten“ zu gewinnen. Warum schlug die Regierungspartei diesen ganz und gar ungeschicklichen, der geltenden Verfassung zuwiderlaufenden Weg ein? Weil ihr ungefähr 30 Stimmen zur qualifizierten Zweidrittelmajorität fehlten, um ihren Reformentwurf zum Verfassungsgesetz zu erheben, schlug man den Umweg über die „Thesen“ ein. Auf diese Weise wollte man den Lauschen erwecken, daß die überwiegende Mehrheit des Volkes und ihrer „Vertreter“ die Verfassungsschande des Diktators billigen und ihm das Recht geben, sich über die an eine Verfassungsreform geknüpften konstitutionellen Rechtsgarantien hinwegzusetzen.

Am 26. Januar kam der Bericht auf die Tagesordnung. Bezeichnend für die Absichten und Pläne der herrschenden Oberstenclique ist, daß zum Berichterstatter ein Herr Car, der als Justizminister im Jahre 1930, zur Zeit des Schurkenstrechs von Przewodnik (polnisch Przesie am Bug), dem Diktator Pilsudski zur Seite stand, ausserkreten wurde.

Die Opposition gab in der Debatte Erklärungen ab, darunter im Namen der PPS Czajinski, der die Verlogenheit und Verfassungslosigkeit dieses Thesen-Kummels brandmarkte. Nachher verließ die ganze Opposition den Saal. Die Majorität nahm nach durchgeführter Abstimmung die Thesen an. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung erhob sich sodann Herr Car und beantragte, die „Thesen“ in „Verfassung“ umzutauschen, worauf sie als Verfassungsgesetz in zweiter und dritter Lesung einstimmig von der allein im Saale zurückgebliebenen Regierungspartei und ihren Anhängseln angenommen wurden. Man kann sich nun denken, wie kurzlos und schleuderkraft diese neue „Verfassung“ aussehen muß, da sie ja doch als einleitendes Elaborat für einen später auf Grund der „Thesen“ auszuarbeitenden Gesetzentwurf gedacht worden war.

So kam es zum dritten Staatsstreich Pilsudskis, der eher als echter Gaunerstreich anzusehen ist. Dieser Schwindler hat selbstverständlich im ganzen Lande große Entrüstung hervorgerufen, worüber die offiziell befohlenen Freudenfeste nicht hinwegtäuschen vermögen. In der Tags darauf abgehaltenen Sitzung des Verfassungsausschusses hat Zaremba der Entrüstung der Sozialisten über den feigen Verfassungsschwandel und den damit verbundenen Rechtsbruch Ausdruck gegeben. Den Beschluß des Sejm hat er unumwunden als Staatsstreich bezeichnet. Der Erklärung Zarembas haben sich die anderen Oppositionsparteien angeschlossen.

Distanzen bis zu 120 Kilometer dazwischen liegende Hindernisse überwindet. Der Apparat ist als gleichzeitigiger Sender- und Empfangsapparat ausgebaut. Weiterhin wurden neue Antennenmodelle für Kurzwellen-Sendungen auf große Distanzen erbaut. Ferner ein 20-Kilowatt-Sender für Kurzwellen, der ausschließlich mit Normalleitungsstrom arbeitet. Dem 17. Parteitag wurde ein Fernseh-Apparat vorgestellt, auf dem die Bildwiedergabe auf einer Bildfläche von 24x30 Zentimeter erfolgt.

Unterwerfung oder Schweigen

Die braune Lehrfreiheit

Das Internationale Antifaschistische Archiv schreibt uns:

In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, als ob die Eingriffe in die Lehrfreiheit, in deren Zeichen im Frühjahr 1933 Deutschland stand, insbesondere die Entlassung freiheitlich gesinnter Hochschullehrer, die die ganze Welt in Erregung versetzte, seit längerer Zeit seltener geworden seien. Ein Blick in die Ministerialblätter der einzelnen deutschen Länder beweist aber, daß dies keineswegs der Fall ist. So wurde, wie die „Hessische Landeszeitung“ meldet, erst jüngst dem bekannten ordentlichen Professor der Literaturgeschichte und Philosophie Dr. Walter Kinkel an der hessischen Landesuniversität Gießen die Lehrbefugnis entzogen. Gleichzeitig hat der württembergische Kultusminister den Professor der katholischen Theologie an der Universität Tübingen, Dr. Adam, wegen eines religiösen Vortrags zunächst seines Amtes entsetzt und ihm erst nach Abgabe einer Unterwerfungserklärung die Wiederaufnahme seiner Vorlesungen gestattet.

Aus Frankfurt am Main wird gemeldet, daß die Studenten der Frankfurter Universität den Professor Dr. Riezler in der Abhaltung von Vorlesungen gewaltsam hindern.

Diese Entwicklung der „wissenschaftlichen Lehrfreiheit“ findet die volle Billigung aller amtlichen und parteiamtlichen nationalsozialistischen Stellen. Sie wird durch folgende Ausführungen des „Völkischen Beobachters“ noch unterstrichen:

„Der nicht nationalsozialistische Wissenschaftler hat sich lediglich darauf zu beschränken, sein Fachgebiet zu lehren und die Frage der Politik der Geisteshaltung und

der Weltanschauung denen zu überlassen, die vielfach oder sogar meistens ohne das Fachwissen des Akademikers mehr davon verstanden oder verstehen.“

Wie verträgt sich diese Erklärung ... der Behauptung, der „Nationalsozialismus sei eine Weltanschauung, die das gesamte geistige Leben der Nation bestimmt“? Die Nationalsozialisten zeigen selbst, daß diese Behauptung eine Phrase ist. Sie können auch der Wissenschaft nichts anderes gebieten als Unterwerfung oder Schweigen. Das bedeutet für die deutsche Wissenschaft den Weg zum Bankrott.

Zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeiten des „Internationalen Antifaschistischen Archivs“ haben eine Reihe Politiker, Schriftsteller und Gelehrten ein Protektorskomitee gegründet, zu dem u. a. Professor Levy-Bruhl, Romain Rolland, Professor Wallon, Gräfin Catherine Karolyi, Claire Sheridan, Professor Georg Bernhard, Dr. Lion Feuchtwanger, Dr. Kurt Rosenfeld, Rudolf Leonhard, Joseph Roth ihren Beitritt erklärt haben.

Das Komitee hat sich vor allem die Aufgabe gestellt, den Aufbau einer Bibliothek des in Deutschland verbrannten und verbotenen Schrifttums zu fördern, es wendet sich an die Öffentlichkeit mit der Aufforderung, diese bedeutungsvolle Arbeit durch Ueberlassung von Material (an die Adresse: 22 rue Saint Augustin, Placard No. 18, Paris 2) zu unterstützen. Eine Reihe von Fachberatern sind bereits zur Mitarbeit für die verschiedenen Abteilungen gewonnen.

Sie haben Konjunktur

Aber: „Die andere Seite des Problems“ ...

Im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ (2. Januar 1934) schreibt einer von der Literatur-SA, der weit- und unbekannt Schriftsteller Josef Martin Bauer, über die Aufgaben des Buchhandels im „dritten Reich“. Da stimmt er an mit hellem, hohem Klang:

„Jetzt aber haben wir Konjunktur. Wir deutschen Dichter werden auf jene Plätze der Vorlesetischen hingelagt, auf denen früher weiß Gott wer sich einem zugriffbereiten Publikum gezeigt hat. Jetzt gehen die Menschen, wenn sie uns draußen in den Fenstern gesehen haben, herein und nehmen ohne langes Ueberlegen einen braven Deutschen. Nicht wahr? Jetzt klagen wir nicht mehr über unsere eingemotteten dreitausend, jetzt legt man siebentausend auf und dann laufend immer zehntausend, bald werden die verbilligten Volksausgaben kommen, sie werden sich bezahlt machen, denn jetzt ist unsere Zeit, wie eben noch die Zeit anderer Leute war: Konjunktur!“

Im Jubelruf erklingt das echtste Wort des gleichgeschalteten Kulturbetriebes: Konjunktur! Jetzt haben wir Konjunktur; nicht mehr die Thomas und Heinrich Mann, sondern wir, die Josef Martin Bauer, gestern noch talentlos, heute gottbegnadet, liegen auf den besten Plätzen der Vorlesetischen und machen sich bezahlt, es ist eine Lust, zu leben. Dem Jubelruf aber folgt das Klagegedicht:

„Von der Seite der Führung finden wir Vertrauen, diese eine Seite ist klar... die andre Seite des Problems fordert von uns ein hartes Dienen in klarer Bejahung, ein Dienen, das in sich selbst die Befriedigung trägt und heute wirklich nicht fragen kann nach dem baren Entgelt... Daß man uns schon in naher Zeit ausrauben wird oder daß man nun Bücher, die wirklich aus deutscher Seele kommen, so herumzeigen wird bei jeder geselligen Möglichkeit, wie man früher andre Bücher im Herzeigen bewußt empfohlen hat, das dürfen wir uns nie erwarten.“

„Die andere Seite des Problems“ sind nämlich die deutschen Leser, die trotz dem Führerplätzchen auf den Vorlesetischen nichts von dem neuen Literaturdreck wissen wollen — was jedermann begreift, wenn er nur einige Kostproben aus dem Kauderwelsch des Josef Martin Bauer zu sich genommen hat.

Der Gauleiter hat die Entscheidung

Wer studieren darf

Der preußische Kultusminister Rust hat jetzt in Durchführung des Gesetzes gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen und des Erlasses des Reichsinnenministers für das Land Preußen die Zahl der Abiturienten und Abiturientinnen, denen im Jahre 1934 die Hochschulreife zuerkannt werden darf, auf 10 734 festgesetzt (darunter 1048 Abiturientinnen) und die Regelung der Anerkennung der Hochschulreife getroffen.

Nach diesem Erlaß erfolgt die Ausstellung der Hochschulreifezeugnisse im Rahmen der den einzelnen Provinzen zugewiesenen Zahlen durch den Oberpräsidenten. Nur auf Antrag des Abiturienten hin wird das Hochschulreifezeugnis erteilt. Die Anträge werden von den Anstaltsleitern im Anschluß an die bestandene Reifeprüfung an den Oberpräsidenten weitergereicht. Jedoch hat der Anstaltsleiter unter eigener Verantwortung in jedem Falle zur Frage der besonderen Hochschulreife ausführlich gutachtlich Stellung zu nehmen.

Der Oberpräsident wird von den Anträgen dem zuständigen Gauleiter der NSDAP. Kenntnis geben mit der Bitte, etwaige Bedenken gegen die politische Zuverlässigkeit des Antragstellers mitzuteilen.

„Hütet Euch...!“

„Wir Nazis sind eine verschworene Bruderschaft und nicht etwa sanfte Lämmlein geworden. Wir haben diese Welt erkannt samt ihren Heilmitteln. Wir haben kein Interesse daran, gewissen Greuelzentralen mit Gewalt Nahrung zu

liefern. Wir wissen aber auch, daß unser Ruf in aller Welt von lieben Freunden so schlecht gemacht worden ist, daß er nicht übler mehr werden könnte. Er würde durch Maßregelung giftiger Schlangen nicht besser, aber auch nicht schlechter werden....

Hütet Euch fein, wir leben nicht mehr zu Zeiten Bismarcks, sondern Hitlers!“
(Deutsche Wochenschau, 28. 1. 1934.)

Zeit-Notizen

Verboten

laut Kriminalpolizeiblatt 1763/1766 folgende Druckschriften: „Bibelkommentare“ (Prag); Franz Blei, „Formen der Liebe“ (Verlag und Ort nicht angegeben); „Blumen-, Frucht- und Dornenstücke“ (Berlin Buchhandlung Buchholz); „Tempo“ (Wien); „Cahiers Juifs“ (Herausgeber: Léon Palombo); „Kennzeichen des großen Abfalls“ (herausgegeben von der Deutsch-österreichischen Mission, Berlin); „Hitler, wie er wirklich ist! Unbekanntes von Hitler!“ (Bratislava, Verlag E. Peck); „Schweizerische Republikanische Blätter“ (Rapperswil).

Heiß wird porträtiert

„Jeder Deutsche muß neben dem Bilde des Führers auch das seines Stellvertreters besitzen! Der bekannte Maler C. Horn in München, der das große Hitlerbild geschaffen hat, das einzige Bild, zu dem der Führer eine Sitzung gewährte, ist auch Schöpfer dieses Bildes von Rudolf Heß. Es ist ein künstlerisch ganz hochwertiges Bild des sympathischen, klugen und energischen Mannes. In Heliogravüre mit Rötelnuntergrund hergestellt, ist es der schönste Schmuck für jedes deutsche Haus und als Geschenk für die Angehörigen der SA. und SS. und alle deutschen Männer und Frauen besonders geeignet.“

Wie in Nazi-Deutschland

Die Wiener Universität hat drei Arten von Studentenkarten eingeführt: eine für die österreichischen „Arier“, eine für Ausländer und die dritte, auf gelbem Karton, für Juden.

Karl von Ossietzky

Der bekannte englische Publizist Wickham Steed hat an den Herausgeber der „Times“ folgenden Brief gerichtet, der in der Nummer vom 23. Januar veröffentlicht ist.

In einer Zeit, da das Zögern der deutschen Regierung, Dimitroff und die zwei andern Bulgaren, die von der Mitschuld an dem Reichstagsbrand freigesprochen sind, freizulassen, wie sie so eindrucksvoll zeigten, Besorgnis im Auslande erweckt, kann es hoffnungslos scheinen, die Aufmerksamkeit auf das Los anderer politischer Gefangenen lenken zu wollen. Trotzdem bitte ich, entsprechend dem dringenden Wunsch einer großen Anzahl deutscher Schriftsteller und anderer Männer des öffentlichen Lebens, die sich heute in der Verbannung befinden, um die Erlaubnis, von dem harten Geschick Carl von Ossietzky's zu sprechen, einem sehr bekannten deutschen Schriftsteller und Journalisten, der seit Monaten in dem Konzentrationslager Sonnenburg festgehalten wird.

Nach zuverlässigen Zeugenberichten ist Ossietzky heute in gebrochener Mann, der die Qualen, die ihm zugemutet werden, kaum mehr lange wird ertragen können. Körperliche Mißhandlungen, Unterernährung, ein schwerer militärischer Dienst und wiederholter Dunkelarrest haben seine Gesundheit gebrochen — wenn auch nicht seinen Geist.

Der Sohn eines Hamburger Kaufmanns und schon vor dem Kriege überzeugter Anhänger der Friedensbewegung, tat Ossietzky trotzdem seine Pflicht als deutscher Soldat an der Front, und wurde nach dem Krieg Herausgeber einer liberalen Zeitschrift. Mit einigen anderen organisierte er die „Nie-mehr-Krieg“-Bewegung, die eine Zeitlang in Deutschland tonangebend war. Er wirkte ferner an der Gründung

Neo-Sozialismus

Hört es, meine lieben Arier und Christen:
Wir sind alle Sozialisten!
Nein, blicken Sie nicht verstört und wild:
Es steht doch deutlich auf unserem Firmenschild.
Ziehen Sie vor allem dies in Betracht:
Damit haben wir ja eigentlich des Rennens gemacht!
Gewiß, der Marxismus ward ausgerottet,
gerädert, erschossen, zerstothen, zerrissen —
aber andernteils ward er auch nur verschrotet!
Bitte, fragen Sie Vögler und Thyssen.
Ja, meine Lieben, mit Gunst:
Das war kein Kunststück mehr, dies war Kunst!
Ich frage Sie ehrlich und ohne Spott:
Wo süßen wir ohne den herrlichen Schrott?
Und natürlich ohne die weisen und fixen
Leute, die ihn ergänzen und mixen?
Was trugen die alles dazu herbei!
Fabrikgeheimnis!... Ein Wunderbrot,
der hier als Ursubstanz entstand
für ein sozialistisches Vaterland.
Man schmiert ihm dem Kinde, dem Buben und Mädels
nicht nur in die Mäuler, nein, auch in die Schädel,
klatscht ihn in die Ohren, gießt ihn in das Blut,
das senkt die Löhne und hebt den Mut.
Ob Proletarier, Prinz, ob Professor —
sie fressen ihn gierig mit Löffel und Messer,
Besonders kann er getrocknet uns taugen.
(Zwischenruf: Als Sand für die Augen!)
Haha, kleiner Schäker!... Schlaß!... Für den Chronisten:
Wir sind alle, alle Sozialisten —
wie das deutlich in unserer Firma steht

Auf dem Londoner Friedhof in Highgate hat sich einer im Grabe umgedreht.

M. I. Grant.

Militärmuseum Koblenz

Im Wilhelmi-Haus zu Koblenz wurde ein *militärhistorisches Museum* eröffnet. Die Nazipresse berichtet darüber: „In dem hochinteressanten Museum sind prachttolle Uniformen aller Waffengattungen der alten Armee, besonders der Reiterregimenter, Waffen aller Art wie Säbel, Gewehre, Karabiner, Geschützmodelle usw. in ihrer historischen Entwicklung zu sehen. Einen Glanzpunkt der Ausstellung bildet die 500 Stück umfassende Ordensschau, wo alle soldatischen Auszeichnungen, angefangen vom „Pour le Merite“ bis zum „Eisernen Kreuz“ zusammengetragen sind. Eine Bildersammlung eindrucksvoller Schlachtendarstellungen, umfassend die Zeit von 1813 bis 1919, vervollständigen die Ausstellung.“ — Fotos von Kriegskrüppeln werden nicht gezeigt.

Kulturbolschewismus marschiert

Nachdem früher, so lesen wir in der „Kölnischen Zeitung“, die Einrichtung eines Familienbades in Aachen an Bedenken der Zentrumspartei im Stadtparlament gescheitert war, wurde vor kurzem beschlossen, den Hangweiber zum Familienbad auszubauen, und neuerdings soll auch die Schwimmanstalt in der Elisabethstraße an einem Nachmittag in der Woche für Familienbadeverkehr freigegeben werden.

Jüdischer Chirurg rettet SA-Führer

Der Leiter des israelitischen Krankenhauses in Berlin, Prof. Dr. Rosenstein, erlebte in diesen Tagen eine seltsame Ueberraschung. Die Reichskanzlei rief telefonisch an, um mitzuteilen, daß ein SA-Chef aus der Umgebung Hitlers im Hospital ankommen werde und sofort durch Rosenstein operiert werden müsse. Der berühmte Chirurg machte darauf aufmerksam, daß es sich um ein jüdisches Krankenhaus handele und erhielt folgende Antwort: „Das macht nichts, keine Diskussion — bereiten Sie die Instrumente vor.“ Eine halbe Stunde später geschah die Operation. Das Leben des SA-Führers wurde gerettet.

zweier Blätter mit, die die Weimarer Republik unterstützten. Aber seinen Ruf als Schriftsteller erwarb er im wesentlichen durch seine außerordentlichen Leistungen erst als Mitarbeiter, dann als Herausgeber der Wochenschrift „Die Welthöhne“.

Zwei deutsche Institutionen — die Sozialdemokratische Partei und die Reichswehr — waren die Hauptobjekte seiner Kritik, und beide vergalteten ihm das durch besondere Feindschaft. 1931 machte man ihm wegen einer Bemerkung über die Reichswehr einen Hochverratsprozeß, und das Reichsgericht in Leipzig verurteilte ihn zu 18 Monaten Gefängnis. Er weigerte sich, ins Ausland zu flüchten und ging im Frühjahr 1932 ins Gefängnis. Eine große Zahl deutscher Schriftsteller begleiteten ihn an das Gefängnistor.

Im Winter 1932/33 erließ die Regierung des Generals von Schleicher eine Amnestie, und obwohl die Sozialdemokraten Ossietzky nicht wohl wollten, bestanden sie doch darauf, daß sie auch ihm zugute kam. In der Tat wurde zu diesem Zweck ein eigener Paragraf in das Amnestiegesetz eingebaut — ein schlagender Beweis für die Schätzung und Hochachtung, die Carl von Ossietzky gen.ß. Damals hatte er neun Monate im Gefängnis gesessen.

Trotz des Drängens seiner Freunde, das Land zu verlassen, blieb Ossietzky auch noch nach der Machtergreifung der Hitler-Regierung in Deutschland und wurde am Morgen nach dem Reichstagsbrand festgenommen. Beim Reichstagsprozeß wurden die wildesten Beschuldigungen gegen ihn erben, aber es wurde ihm nicht gestattet, als Zeuge zu erscheinen. Heute steht er, als Folge der Haft, der dauernde militärischen Übungen und der Unterernährung, an der Schwelle des Todes. Wenn es zu viel wäre, auf seine Befreiung zu hoffen, so sollte sein Anspruch auf das Mitgefühl der ganzen zivilisierten Welt, wie ich denke, nicht ungehört verhallen.

Französisch-englischer Handelskonflikt

Vor der Kündigung des französisch-englischen Handelsvertrages

París, 13. Febr. In der Note, die die französische Regierung in London hat überreichen lassen, erklärt die französische Regierung, sie betrachte mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der englischerseits angebotenen Repressalien, also vom 12. Februar Mitternacht ab, das französisch-englische Handels- und Schiffahrts-Abkommen vom 26. 1. 1920 und das französisch-englische Handels- und Seeabkommen vom 28. 2. 1882 als gekündigt.

Diese Kündigung wird sich infolge der dreimonatigen Kündigungsfrist erst am 12. Mai voll auswirken.

In gutunterrichteten französischen Kreisen betrachtet man die Kündigung der Handels- und Schiffahrtsverträge als erste Antwort der französischen Regierung auf die englische Zollserhöhung um 20 Prozent, und fügt hinzu, man würde französischerseits noch andere Maßnahmen ergreifen, falls der französische Außenhandel nach England infolge des 20-prozentigen Zolleschlags härter zurückgehen würde, als der englische Außenhandel nach Frankreich auf Grund der französischerseits angeordneten Kontingenteinschränkung. Die Kündigung des Vertrages von 1826 sei erforderlich gewesen, weil dieser Vertrag mit dem von 1882 eng verbunden sei. Der Vertrag von 1826 habe den englischen Handelschiffen alle Schiffahrtsbedingungen eingeräumt, namentlich in den Gewässern der französischen Kolonien, wie den französischen Schiffen, und zwar gegenseitig.

París, 13. Febr. Der „Excelsior“ glaubt zu wissen, daß das englische Handelsministerium gestern in Paris habe wissen lassen, daß England auf drei Monate die Inkraftsetzung der Zolleschläge aussetzen würde, wenn Frankreich für die gleiche Zeit von den Kontingenteinschränkungen absehen würde, damit auf diese Weise eine Gesamtpflicht der französisch-englischen Handelsbeziehungen durchgeführt werden könne.

„Ablehnung!“

Die neue französische Abrüstungsnote

París, 13. Febr. Das „Journal“ kennzeichnet den Inhalt der neuen französischen Abrüstungsnote kurz als „Ablehnung der deutschen Ansprüche“.

Das „Echo de Paris“ erklärt, die französische Antwort sei eine Ablehnung. Wenn Hitler und seine Ratgeber den Wortlaut der Note lesen, werden sie merken, daß am Quai d'Orsay etwas mehr als lediglich ein Personenwechsel stattgefunden hat.

1935

Die Juden des Saargebietes und der Völkerbund

Das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz“ gibt hinsichtlich der Zukunft der Saarländer Juden Besorgnissen Ausdruck, die in weiten Kreisen gebegt werden.

Was wird aus den Saarländer Juden, wenn das Saargebiet wieder zu Deutschland kommen sollte? Werden sie dann das Schicksal der anderen deutschen Juden tragen müssen? Oder kann der Völkerbund sie davor bewahren? Die Zeitung weist darauf hin, daß der Völkerbund gemäß seinem Beschluß am 21. September 1922, wiederholt im Oktober 1933, verpflichtet gewesen wäre, sich der verfolgten und entrechteten deutschen Juden anzunehmen. In dem erwähnten Beschluß wird die Hoffnung ausgedrückt, „daß die Staaten, welche gegenüber dem Völkerbund durch keine legale Verpflichtung betreffend der Minorität gebunden sind, nichtdeftoweniger in der Behandlung ihrer rassischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten zumindest jenen Grad von Gerechtigkeit und Duldsamkeit beobachten werden, der gemäß den Verträgen und dem zuständigen Brauch des Rates verlangt wird.“

Wenn auch, meint die Zeitung, in dieser Resolution die Forderung nach gerechter Behandlung der Minderheiten in die Worte gekleidet ist, daß die Völkerbundsversammlung „die Hoffnung ausdrückt“, so bedeutet das nicht etwa, daß der Beschluß nur ein frommer Wunsch ist, sondern diese Formulierung entspricht der diplomatischen Art, wie man in Genf zu reden pflegt. Wie nun wird sich der Völkerbund verhalten, wenn er daran geht, das Saargebiet auf Grund der 1. 3. 1935 vorzunehmenden Abstimmung aus seiner unmittelbaren Obhut zu entlassen? Ist er dann nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle Sicherungen getroffen werden, damit auch nach dem Aufhören seines direkten Einflusses in dem von ihm bis 1935 registrierten Gebiete Zustände herrschen, wie sie während seines Regimes bestanden haben? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Die Art und Weise, wie der Völkerbund in der Saarfrage handelt, wird einen Präzedenzfall dafür abgeben, ob der Völkerbund sich selbst ernst nimmt und zu seinen Grundzügen steht. Dreifach ist die Aufgabe, die dem Völkerbund in der Saar-Angelegenheit obliegt: Er ist verpflichtet, alles zu tun, nichts zu unterlassen und nichts zu dulden, was dazu angetan sein könnte, die jetzt im Saargebiet geltenden rechtlichen Zustände zu Ungunsten auch nur eines einzigen Bewohners des Saargebietes zu ändern. Daß derartige Verfügungen nicht bloß theoretische Spekulationen sind, braucht nicht weiter bewiesen zu werden. Es genügt der Hinweis auf die „Waldschicht“, daß das Saargebiet unter der Herrschaft des „dritten Reiches“ komme. Dort aber sind jetzt Gesetze in Geltung, welche die Juden entrechten und zu Paris kempeln.

Der Völkerbund darf nicht, ohne seinen feierlichen Beschlüssen und seinen Prinzipien direkt zu widersprechen, in irgend eine Regelung willigen, die die rechtlichen Zustände der Juden in Deutschland auf die Juden im Saargebiet überträgt.

Einwanderung in Palästina

Im Unterhaus richtete Sir Natne Steward Sandeman an den Kolonialminister eine Anfrage über den Umfang der Einwanderung nach Palästina während der letzten drei Monate. Für den Minister antwortete Malcolm MacDonald, daß im November 1933 Einwanderer nach Palästina gekommen seien. Die Ziffern für Dezember und Januar lägen noch nicht vor. Die Einwanderung betreffe so ziemlich zur Gänze Juden.

Die Bilanz des Generalstreiks

Die Parole stark befolgt - Unruhen

Nicht nur in Paris, sondern auch in den übrigen französischen Großstädten und in den Industriezentren ist die Generalstreikparole sehr umfassend befolgt worden. Der Generalsekretär der CGT, Jouhaux gab eine Erklärung bekannt, in der es u. a. heißt:

„Die C. G. T. konnte heute die Feststellung machen, daß das werttätige Paris mit Begeisterung ihrem Rufe gefolgt ist. Der 12. Februar war eine glänzende Antwort auf die schamhaften und hinterlistigen Rundgebungen vom letzten Dienstag. Die Sympathie der Oeffentlichkeit für unsere Rundgebung hat sich an verschiedenen anderen Anzeichen bekundet. Die Arbeiterklasse wollte durch diese erste Warnung den Feinden der Republik den Weg versperren. Sie wird, falls es notwendig ist, noch weiter gehen.“

„Fast vollständig“

Wasser-, Gas- und Elektrizitätszufuhr blieben ausreicht erhalten. Bei der Post- und Telegrafverwaltung waren etwa 15 Prozent Arbeitswillige, alle übrigen waren der Streikparole gefolgt. Im Hofe der Postzentrale kam es zu einer Kundgebung, bei der die Streikenden die Streikbrecher an der Aufnahme der Arbeit verhinderten. Am Nachmittag konnte keine Post in Paris ausgeliefert werden.

In den städtischen Betrieben streikten die Arbeiter fast vollständig. Der Straßenbahnverkehr mußte unterbrochen werden. An der Place d'Italie wurde ein Omnibus umgekippt. An anderen Orten wurden Wagen mit Steinen beworfen. Die Autobusgesellschaft stellte den Verkehr ein.

Am Nachmittag kam es in Paris zu großen sozialistischen und kommunistischen Kundgebungen, die ohne Zwischenfälle verliefen. Der polizeiliche Ordnungsdienst war verstärkt worden.

Im Laufe des Tages wurden 367 Streikposten verhaftet.

Was ihnen fehlte ...

París, 13. Februar. Im „Matin“ wird eine Aufzählung über das, was den Bewohnern von Paris gestern infolge des Streiks fehlte, und über das, was sie hatten, gemacht. Unter den Sachen, die der Bevölkerung fehlten, werden aufgezählt: Telefonangehörige über das Fernamt, Telegraphenverkehr, Brief- und Tauschwertungen, Zolldienst, staatliche Tabak- und Zündholzfabrik, Theater. Unter den Sachen, die trotzdem gefehlt normal waren, werden aufgezählt Wasser, Gas, Elektrizität, Eisenbahn, automatischer Sprechverkehr, Müllabfuhr, Kino und Lebensmittelversorgung. Die Untergrundbahnen funktionierten normal bis in die frühen Abendstunden und schlossen erst 20 Uhr 30. Der Omnibus- und Straßenbahnverkehr funktionierte nur am Vormittag etwas langsamer, der Rundfunk funktionierte nur bei der staatlichen Zensurierung des Postministeriums, die erst um 18 Uhr ihren Betrieb wieder aufnahm, nicht.

In der Industrie war der Streik nur teilweise durchgeführt.

Die Meldung von der Verhaftung des aus Paris flüchtigen, wegen Betrugs geflüchteten Bankiers Sacazan beschäftigt sich. Sacazan ist in Beirut festgenommen worden.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Stadträte mit Trikoloreschürpen wohnten der Bestattung der ersten Opfer bei. Der Leutnant der Reserve Rossignol, auf der Place de la Concorde getötet, hinterläßt eine junge Witwe und einen zwölfjährigen Knaben. Der Artillerieleutnant der Reserve Roubaudi, 35-jährig, war Vertreter eines bekannten Seidenhauses. Der in Paris getötete Elsässer Aufschneider, dessen Leiche nach Schiltigheim gebracht wurde, war Kammerdiener beim Grafen de Vogüé und wurde vor dessen Tür am quai d'Orsay getötet.

Auf der gare d'Austerlitz nahmen die Pariser Medizinstudenten Abschied von der Leiche des Externen Jean Fabre, der vor sechs Minuten sein Examen gemacht hatte. Die Leiche wurde nach Limoges übergeführt, wo der Vater des Getöteten Arzt ist. Ein Bruder ist Schüler von St. Cyr.

Die Gerichtsurteile gegen Demonstranten, die mit der Waffe in der Hand betreten wurden, schwanken zwischen 1 und 15 Tage, mit Bewährungsfrist. Ein Mann, der mit geladenem Revolver loszog, erhielt 2 Monate, ein anderer, der noch eine Kugel im Lauf hatte, 4 Monate Gefängnis.

Wie wir hören, wird der Ertrag des Konzertes des berühmten Pianisten Moritz Rosenthal am 15. in der salle Gaveau ausschließlich für die Gründung von Existenz von Flüchtlingen verwendet werden. Die Plätze kosten 10 bis 75 Franken. Vorbestellung bei allen bekannten Agenturen, in der salle Gaveau und telefonisch Saffren 70-07.

Die Pariser Oper gibt am Samstag, dem 17., einen Ravel-Abend mit „Spanischer Stunde“ und „Daphnis und Chloé“, unter Gaubert.

Im Saale der Ecole Normale, der bekannten Hochschule, gastiert Jacques Dalcroze am Samstag und Sonntag mit rhythmischer Gymnastik.

Wegen des Generalstreiks am Montag, dem 12., wurde die Mitgliederversammlung der Journalisten der Emigration auf

Die Unruhen in der Provinz

Paris, 13. Februar. Die Unruhen und Zusammenstöße am Streikmontag in der Provinz haben teilweise einen anderen Charakter getragen. In Marseille wurde nach Mitternacht, als die Polizeistreifen die Ablösung vornahmen, eine Abteilung Polizeifahrer hinter der Börse aus dem Hinterhalt durch mehrere Personen unter Schnellfeuer genommen. Ein Auto der Polizei versuchte, der Täter habhaft zu werden, diese konnten jedoch im Dunkel der Nacht entkommen. Im Laufe des Abends sind in Marseille 30 Verhaftungen vorgenommen worden. Bei der Schießerei an der Börse wurden vier Personen, darunter ein Polizeioberinspektor, verletzt. Zweimal bemühte sich der Sicherheitsdienst, zweier Autos habhaft zu werden, aus denen heraus auf die Polizei geschossen wurde. In einem Falle konnte das Auto gestellt und die drei Insassen — aussehend Ausländer — verhaftet werden.

In Lille

Sind an den Straßenbahnhöfen zwei Sabotageakte vorgenommen worden. An einer Stelle wurden 48 Personen überfallen, als sie eine Weiche abschraubten, und bei Denain sind mit Pfostenketten nicht weniger als fünf Sperren von den Kundgebern errichtet worden.

In Valenciennes

Kam es nach der Verhaftung eines Betrunkenen zu ziemlich heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Manifestanten, wobei 17 von dieser verhaftet wurden. Noch nach 1 Uhr nachts dauerte die Kundgebung an.

In Toulon

Riefen Kundgeber mit Arsenalarbeitern zusammen, die unter dem Schutze der Polizei zu ihrer Arbeitsstätte wollten. Drei Polizeibeamte und drei Zivilisten wurden verletzt. Das Arsenal schloß am Nachmittag eine Stunde früher als gewöhnlich, um ähnliche Zwischenfälle zu vermeiden.

In Le Havre

versuchten Kundgeber, einen Bahnhof zu stürmen, sie brachen Portale auf, wurden aber von der Polizei bald wieder vertrieben.

In Dünkirchen

Kam es zu einem Handgemenge zwischen Polizei und Dockarbeitern. Ein Polizeioffizier wurde am Kopf verletzt.

Schließlich liegen noch ein paar Ziffern über die Streikbeteiligung in Nordfrankreich vor. In Valenciennes fehlten gestern etwa 20 Prozent der Bergarbeiterbelegschaft, in der Metallindustrie etwa ein Viertel, in Bouhaïn mußte die Flugfließbahn wegen des Streiks unterbrochen werden.

21 Tote

Die Opfer der Kundgebungen

Paris, 13. Febr. Der „Matin“ gibt die Bilanz der Toten bei den Kundgebungen vom 6., 7. und 8. Februar einschließlich der inzwischen Verstorbenen mit 21 an, darunter ein Mitglied der republikanischen Garde und eine Frau. Vier Verletzte sind gestern ihren Verletzungen erlegen. Im Krankenhaus liegen 139 Verwundete, darunter 23 Mitglieder der Mobilgarde und 11 Polizeibeamte.

Montag, den 19. Februar, 21 Uhr, 2, rue Montpensier (Palais Royal), verlegt.

Igor Stravinsky tritt am Samstag als Solist im Konzert Siohan bei Pleyel auf.

Wir erfahren wieder von einer Emigranten-Tragödie: Ein Geflüchteter namens Erich Eichhorst hat sich vor einiger Zeit in einem kleinen Hotel der abgelegenen Passage Cardinet, still und unbemerkt, vergiftet.

Pariser Witw in allen Lebenslagen. Das „Journal“ bringt eine Zeichnung des bekannten Poulbot: Zwei „Clochards“.

Gespräch: „Wo pönnst du denn heute?“ „Wenn ich das wüßte — mein Quartier auf der Bank am Boulevard haben se verbrannt.“

Französischer Senat und Saar

Paris, 12. Februar.

M. Henry Bérenger, der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senats, hat diesem über seine Besprechung mit Gaston Doumergue berichtet.

Anschließend gab M. Maurice Ordinaire Auskunft über die Ereignisse im Saargebiet seit dem Machtantritt Hitlers. Diese Rede gab Anlaß zu einer Debatte, an deren Schluß Senator Bérenger beauftragt wurde, der Regierung die Auffassung des Ausschusses in Sachen: Organisation der Saar-Abstimmung und Sicherung der Wahlfreiheit mitzuteilen.

Deutsche unter den Verhafteten

Wir haben die deutschen Flüchtlinge ausdrücklich aufgefordert, sich unbeschadet ihres Interesses und ihres grundsätzlichen politischen Auffassung, in die Vorgänge der französischen Innenpolitik nicht einzumischen und sich an Kundgebungen nicht zu beteiligen. Wir sind grundsätzliche Anhänger eines hitlerfreien, mit Frankreich verbündeten Deutschlands.

Leider sind aber anscheinend unter den vielen Verhafteten vom Freitag, anläßlich der Tumulte am Platz der Republik, auch Deutsche festgesetzt worden. Das „Journal“ meldet, daß 43 Ausländer ausgewiesen wurden und spricht von weiteren 10 Ausländern, die dem Nachrichtendienst zur näheren Feststellung übermittelt seien. Unter den Verhafteten und verwundeten Meuturern, so schreibt das Blatt, befanden sich mehrere

deutsche Kommunisten, deren Identität noch zu prüfen sei; man frage sich, wie es möglich sei, daß sie die Grenze überschreiten konnten. An dieser Stelle setzt das Blatt einige Gedankenpunkte.

Man weiß ja, welches dringende Interesse gewisse Spiegelnkreise haben, Mißtrauen zwischen Frankreich und den Emigranten zu säen.

Wie dem aber auch sei, wir erklären deutlich, daß die übergroße Mehrheit der Flüchtlinge, politisch-demokratische, sozialistische, wirtschaftliche usw. mit den Vorgängen am Plat der Republik nicht das Geringste zu tun hat, jedes öffentliche Auftreten in Frankreich vermeidet und von gewissen „Parolen“, die in Deutschland wie in Frankreich Unheil angerichtet haben, nichts wissen will.

Paul Valéry über Dédain

Der berühmte Dichter Paul Valéry hat den Sieger von Verdun bei seinem Eintritt in die Akademie, am 22. Januar 1931, mit folgenden Worten begrüßt:

„Sie, mein Herr, sind eingeschlossen in die große Stille, fast legendenhaft, die das Vertrauen auf die Dauer bestätigt, behütet von dieser wachen Vernunft, die Sie auszeichnet, von dieser Klugheit und Voraussicht, die aus Ihnen die Weisheit der Armee gebildet haben, Sie, der Sie wie eine Grenze Ihrer Gedanken ein Schweigen bewahren, das man befestigt mit Taten fühlt, fest begründet in der Tiefe. — Sie sind durchaus der seltene Mensch, den die schwierigsten Kritiker, die schärfsten Polemiker fast schonen müssen, selbst jene, die ohne Unterlaß den Ruhm vermindern möchten und sich dem Brauche widmen, im Geiste der Öffentlichkeit jede Größe, die sich dort abzeichnet, zu zerstören. Die Kritik selbst scheint Sie zu respektieren —, jene, die da lebt von ungerechten Sachen.“

Der Marschall und jetzige Kriegsminister hat auf die Frage, was er tun werde, geantwortet, er werde sich nur der Armee widmen! —

Krad bei jüngsten Paar von Frankreich

Man entsinnt sich noch, daß im Herbst der Maire von Catillon das jüngste Paar von Frankreich traute, mit Erlaubnis des Präsidenten der Republik, worauf es mit Erlaubnis des Papstes auch vor dem Altar verbunden wurde: das war Henri Pinteau, junger Landarbeiter, 17 Jahre alt, und seine Braut Adrienne Delamarre, 13jährig. Die Braut brachte ihren entzückenden Sprößling mit, den sie als Zwölfjährige geboren hatte. Das ganze Dorf nahm an der Hochzeit teil. Zahlreiche Pressefotografen waren anwesend.

Das junge Glück hat aber nicht lange gedauert. Schon veröffentlicht Vater Delamarre in einem Blatt der Oise-gegend die Nachricht, daß er für Schulden seines Schwiegersohnes Henri Pinteau nicht länger hafte. Henri Pinteau hat das eheliche Gemäch im Hause der Schwiegereltern verlassen und ist zu seiner Mama zurückgekehrt.

Vielleicht wird sogar eine Scheidung eingereicht. M. et Mme. Pinteau haben anscheinend, wie man meint, den Ehrgeiz, vom „jüngsten Ehepaar“ nun auch das „jüngste Scheidungspaar“ zu werden.

Furtwängler in Paris

Wie uns mitgeteilt wird, sollen die beiden Konzerte des Berliner Philharmonischen Orchesters unter Furtwängler in der Pariser Großen Oper nun also am 17. und 19. April stattfinden.

Bruno Walter wird am 26. April ein Festkonzert der Wiener Philharmoniker in der Pariser Großen Oper dirigieren.

Für den 14. März ist ferner Mozarts „Don Juan“, neugestaltet in der Uebersetzung von Adolphe Boschet, unter musikalischer Leitung von Bruno Walter angesetzt.

Auf wessen Seite die Sympathien des Publikums liegen, bedarf keiner Frage. Mozart und Wien, — diesem süßen Klange wird der Vertrauensdirigent des Braunen Hauses und des Göbbels vergebens Sympathien entfremden!

Theater

Mittwoch, 14. Fevrier

- Opéra. 8 Uhr. La Traviata, Soir de Fete.
- Opéra Comique. 8.15 Uhr Carmen.
- Comédie Française. 8.15 Uhr Coriolan (Shakespeare).
- Odéon. 8.30 Uhr Tristan et Iseult.
- Atelier. Richard III. (20.45 Uhr.)
- Gymnase. Le Messenger von Henry Bernstein mit Gaby Morlay. (21. Uhr.)
- Madeleine. Le Passage des Princes (Offenbach). (20.45 Uhr.)
- Michodière. Les Temps difficiles. (20.30 Uhr.)
- Michel. Parole d'honneur. (21 Uhr.)
- Oeuvre. Une Femme qu'a le coeur trop petit, von Crommelynck. (21 Uhr.)
- Palais-Royal. La Famille Vaubertain. (21 Uhr.)
- Théâtre de Paris. Tavaritch. (20.45 Uhr.)
- Sarah-Bernhardt. Alibi 14 von Jean Guilton. (20.15 Uhr.)
- Châtelet. Rose de France. (20 Uhr.)
- Gaité-Lyrique. Le pays du sourire (Das Land des Lächelns) von Lehar. (20.45 Uhr.)
- Mogador. L'Auberge du Cheval Blanc (Im Weißen Röhl). Musik: Benayky, Regie: Erik Charell. (20.30 Uhr.)
- Le Pavillon. Au Pays des Femmes nues, Operette mit Rollin, Odette Barancey und den Girls von Lysana. (Täglich um 14.30 und 20.30 Uhr.)
- Pigalle. La Chauve-Souris (Die Fledermaus). Regie: Max Reinhardt. (20.30 Uhr.)
- Porte Saint-Martin. Wiener Walzer (Operette von Johann Strauß, Vater und Sohn), mit André Bauge (20.30 Uhr.)
- Trianon-Lyrique. Rigoletto. (20.30 Uhr.)
- Casino de Paris. Revue: Vive Paris mit Cécile Sorel. Im 2. Akt: Maitresses de Rois von Sacha Guitry. (20.30.)
- Folies-Bergere. Folies-en Folie. Revue mit Mistinguett. (20.30 Uhr.)

Deutsche Poliklinik

Tel. Trinité 43-13 Metro Pigalle Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kitzigen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blute, Harn- u. Geschlechtskrankheiten	b) Chirurgie Zwischenstümpfplastiken, Knochenschnitt, Kleins-, mittlere und große Chirurgie. Die allermodernste Einrichtung ammen und 2 Operationssäle.	c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 3 Aarzte, 11 Hebammen und 2 Operationssäle.
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, Brücken, Kautschukarbeiten		

Ordination täglich von 9-12 und 2-6; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Kinos

- Actualités L'auto (31, Bd des Italiens) Wochenschau-Programm. L'équilibre (Sportfilm); *Peur des Histoires* (Sketch mit Pauley); *La Boite à musique*. „Ouverture 1812“ von Tschairowsky (verfilmt). Ein Trickfilm. (Von 10 bis 2 Uhr nachts, 2 und 3 Fr.)
- Agriculteurs (8, rue d'Athène). *The Story of Temple Drake* (Miriam Hopkins), amerikanische Originalfassung. (Täglich 15 und 21 Uhr; Samstags, Sonntags und Festtags 14.30, 17 und 21 Uhr.)
- Bonaparte (Place St. Sulpice). *Madame Bovary* (Valentine Tessier), ein Film von Jean Renoir. (Täglich 15 und 21 Uhr; Samstags, Sonntags und Feiertags 14.30, 17 und 21 Uhr.)
- Champs-Élysées (118, av. des Champs-Élysées). *As you desire me* (Greta Garbo und Erich v. Stroheim), amerikanische Originalfassung mit französischen Untertiteln. (Täglich ununterbrochen von 14.30 bis 19 Uhr; Samstags und Sonntags von 13.45 bis 20.15 Uhr.)
- Cine-Opéra (32, av. de l'Opéra). *Madame Bovary* (Valentine Tessier), ein Film von Jean Renoir. (Täglich ununterbrochen von 14 bis 20 Uhr; abends um 21 Uhr.)
- Colisée (38, av. des Champs-Élysées). *Melody Cruise*. (Täglich ununterbrochen von 14.30 bis 19.30 Uhr; Abendvorstellung 21 Uhr.)
- Elysée-Gaumont (79, des Champs-Élysées). *Je ne suis pas un Ange* (I'm no Angel). (Täglich von 14.30 bis 20 Uhr und um 21 Uhr.)
- Eremitage Club Ursulines (72, av. des Champs-Élysées). *Les Sans-Soucis* (Pack up your troubles) mit Laurel und Hardy. (Täglich von 15 bis 21 Uhr; Samstags und Sonntags 14.30, 17 und 21 Uhr.)
- Madeleine (14, rue de la Madeleine). *The Stage Mother* (Danseuse étoile). (Tageskino von 14 Uhr ab.)
- Messange (3, rue d'Arras). *Fille de Feu* (Clara Bow); *Le Barbier de Séville* (A. Bauge).
- Miracles (100, rue Réaumur). *Katharina von Rußland* Elisabeth Bergner, Doug. Fairbanks jr.). (Täglich 16 und 21 Uhr; Samstags, Sonntags und Feiertags 14, 16.30 und 21 Uhr.)
- Paramount (2, Bd des Capucines). *Les Misérables*. (Tageskino von 9.30 bis 2 Uhr morgens.) Bühnenschauspiel.
- Panthéon-Cinema (13, rue Victor-Cousin). *Brennendes Geheimnis* (Willy Forst, nach Stefan Zweigs Novelle), deutsche Originalfassung.
- Raspail 216. *The Silver Cord* (L. Dunne). Täglich 14.30, 16.30, 20.30 und 22.30 Uhr.)
- Studio Caumartin (25, rue Caumartin). *Lady for a day* (amerikanische Originalfassung mit französischen Untertiteln). (Täglich 14.30, 19 und 21.15 Uhr; Sonntags und Feiertags 14.20 und 20.15 Uhr.)
- Studio Etoile (14, rue Troyon). *Symphonie inachevée* (Leise stehen meine Lieder). (Täglich von 14.30 bis 19 Uhr und 21 Uhr.)
- Studio 28 (10, rue Tholozé). *International House*. (Täglich von 15 bis 21 Uhr; Sonntags ununterbrochen von 15 bis 19 Uhr.)
- Studio Universel (31, av. de l'Opéra). *Torch Singer* (Chanteuse de Cabaret) mit Claudette Colbert. Täglich von 14 bis 20 Uhr; Abendvorstellung 21 Uhr.)
- Ursulines (10, rue Ursulines). *La rue sans nom*, mit Gabriel Gabrio und Const. Rémy; *Von Wilson bis Roosevelt* (ein Rückblick auf die Geschichte Amerikas). (Täglich 15 und 21 Uhr; Samstags und Sonntags 14.30 und 17 Uhr.)
- Washington-Magellan (14, rue Magellan). *Three cornered moon* (Claudette Colbert), französische Untertitel. (Ununterbrochen von 14.30 bis Mitternacht.)

Film-Anzeiger

- Kurt Gerron dreht, mit Pierre Brasseur in der Hauptrolle, seinen neuen Film „Incognito“.
- Enrico Caruso jr. wurde soeben von Warners für einen spanischen Film verpflichtet, in dem er als Sänger und Schauspieler debütieren wird.
- Bernard Shaw hat die Erlaubnis zur Verfilmung zweier seiner Werke gegeben: „Der Teufelsschüler“ und „Die heilige Johanna“ werden in nächster Zeit von „Radio“ gedreht werden. Katharine Hepburn wird die Jungfrau von Orleans spielen.

Charlie Chaplin beabsichtigt eine Neufassung von „The Kid“ zu drehen, dessen Hauptrolle einst Jackie Coogan spielte. Paulette Goddard soll als Star in dieser neuen Version beschäftigt sein.

Roman Novarro wird der Partner des Komikerpaars Laurel und Hardy in ihrem nächsten Film „Babes in Toyland“ sein.

Emma Grammatica, die italienische Tragödin, dreht augenblicklich einen Film „Servizio di Notte“.

Der dänische Arktisforscher Peter Freuchen hat der Pariser Premiere des von ihm als wissenschaftlichen Berater mitgeschaffenen Films „Esquimaux“ beigewohnt.

Die indische Zensur hat den Marlene-Dietrich-Film „The Song of Songs“ verboten.

Emil Jannings wurde von Warner Bros für die männliche Hauptrolle in „La Dubarry“ mit Kay Francis als weiblichem Star verpflichtet. Außerdem soll sich eine anglo-französische Gesellschaft gegründet haben, die mit Jannings als Hauptdarsteller und Jacques Feydor als Regisseur einige Filme in englischer und französischer Version drehen will.

Walter Disney will in diesem Jahre ein Duzend Micky-Mouse- und ebensovielen Silly-Symphonie-Filme drehen.

BRIEFKASTEN

Immer wieder. Manuskripte und Briefe nicht an einzelne Redakteure adressieren, sondern an die Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

H. G. London. Solches Material haben wir aus direkten Quellen reichlich veröffentlicht.

Zeitungsanschnitte, zumal aus deutschen Provinzzeitungen, sind uns immer willkommen. Jeder Ausschnitt sollte den Namen, den Erscheinungsort, Nummer und Datum tragen.

H. G., St. Gallen. Sie übersenden uns die „Appenzeller Zeitung“, die sich u. a. schreiben läßt: „Die Handlungsweise des Herrn Adolf Hitler verdient unter die Lupe genommen zu werden. Er hat wirklich die Gehälter der Bürgermeister und andern Beamten gehörig reduziert und hat mit der ihm eigenen Verschwendung dem deutschen Volke gelobt, als Reichsfürst auf ein Gehalt verzichten zu wollen. Nun aber kommt die Mehrheit der Reichstage. Dieser gleiche Herr Hitler ist Verleger und Inhaber des „Völkischen Beobachters“, des Amtsblattes, das eine Million Abonnenten hat und dem anspruchsvollen Herrn eine Jahreseinnahme von 700 000 Mark oder 875 000 Schweizer Franken verschafft, das ist eine Summe, die im zweiten Reich von niemand bezogen wurde. Adolf Hitler hat bekanntlich auch ein Buch „Mein Kampf“ geschrieben und herausgegeben. Da das Werk von jedem Deutschen erworben werden muß, hat es ihm in einem einzigen Jahr mindestens 3 Millionen Mark eingetragen. Wir halten es nicht für nötig, eine derartige Selbstlosigkeit lobend hervorzuheben.“

Es folgt der allgemollte Herr Göring. Er ist ebenfalls ein Freund des armen, ausgeprehten deutschen Volkes und beim jährlichen 90 000 Mark oder 117 000 Schweizer Franken ein. Der preussische Justizminister, der früher 30 000 Mark einnahm, schmangelt heute angeblich der 75 000 Mark, die ihm jährlich zugeföhrt werden.

Die jetzige Reichsregierung läßt sich bemühen, den kostspieligen Beamtenapparat zu vereinfachen, indem sie 13 Reichsstaatskanzlerämter im Wesentlichen, deren Inhaber je 30 000 Mark verdienen, sogar für das bedrängte und gequälte Oesterreich wurde ein Statthalter bestimmt, obgleich er noch keinen Wirkungsbereich hat.“

Tarmhadt. Sie machen uns auf das Programm des Bau-Versteigerungs 1934 aufmerksam. Da wimmelt es nur so von Kommandos: „Antreten! — Kommando! — Antreten!“ Ferner: „Während des Aufstieges 14 Salustische (14-jähriges Festen der Partei).“

Und schließlich: Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre Adolf Hitler unabwehrliche Treue, ihm und den mit ihm verbundenen Führern unbedingten Gehorsam.“

So ja, Weisheit hat schon im „Ausch“ den deutschen Bürger sprechen lassen: „Gehorchen soll man mehr als immer und zahlen mehr als je vorher.“

„Die Büchergilde“. Albert Pfitzen, der beliebte nordische Erzähler, veröffentlicht im Februarheft der Zeitschrift „Büchergilde“ eine vorzügliche Novelle: „Kriegsgefangen in Rossignac“ über den Siebter Felle Karlsson, der nach Lappland zog, um dort eine neue Ortschaft zu gründen. Er erlebte allerdings Abenteuer und fecht schließlich enttäuscht und entnervt in seine Heimat zurück. Weitere Novellen von Otto Krille und Emil Schöhl, sowie Zeichnungen von Hans Tomrod u. a. ergänzen diese Zeitschrift der Büchergilde Gutenberg, die allen Mitgliedern unentgeltlich zugestellt wird.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Vig in Dusseldorf; für Inserate: Otto Kubu in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 3, Sägenstraße 5.

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIE EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuern
behörden, aus vom offiziellen Standpunkt
aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22.93

Deutsches Zahnärztliches Institut

12, RUE DE BOUAI - Métro: Blanche, Pigalle Tel. Trinité 16-27 - Sprechstunden 9-11, 16 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Krömmen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN

Umschreibung schlechtzählender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MUSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Insectenannahme FÜR STRASBOURG

Librairie Populaire

2, RUE SEDILLOT 2
HINTER DER BORSE

Dr. Spécialiste

36, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern
und offenen Beiwunden

Neueste Behandlungsverfahren Elektricität, Impfungverfahren, Trypsin- und
Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Spermakultur, Salvarsan, Weizent usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und
von 4-8 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

Werbt neue Abonnenten!

Einkauf und Auslieferung von Verzinsung

BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN

täglich Gelegenheits-Verkäufe

BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE
MAN SPRICHT DEUTSCH